

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.  
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M.  
Einjährlich 60 M. Postzeitung 8- und  
12 Bdg. Postbezug für den Ausland-  
abonnent 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Sonntags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Raff  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Technik“, „Bild in die  
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitige Konparteilichkeit  
des „Vorwärts“ ist ein Beispiel für die  
„Reinigung“ der Presse. Die einseitige  
Konparteilichkeit des „Vorwärts“ ist  
ein Beispiel für die „Reinigung“ der  
Presse. Die einseitige Konparteilichkeit  
des „Vorwärts“ ist ein Beispiel für die  
„Reinigung“ der Presse.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Pöndorf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37506 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Volksk. 65 Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

## Poincarés Mehrheit: 6 Stimmen!

Oppositionsantrag erzielt trotz Vertrauensfrage 285 gegen 291 Stimmen.

Das Ministerium Poincaré ist gestern dem  
Sturz in offener parlamentarischer Schlacht ganz knapp  
entgangen: mit nur sechs Stimmen Mehrheit —  
291 gegen 285 — wurde ein Antrag der Opposition, gegen  
den der Justizminister Barthou die Vertrauensfrage  
gestellt hatte, abgelehnt.

Darüber erhalten wir aus Paris folgende Einzelheiten:

Die seit zwei Jahren schwebende Frage der Justizreform  
— Poincaré hatte im Jahre 1926 nicht weniger als 223 Provinz-  
gerichte aufgehoben — hat nunmehr den Linsch zu einem neuen  
scharfen Zusammenstoß zwischen Regierung und Opposition  
gegeben. Die Radikalen forderten restlose Wiedereinführung  
dieser Gerichte, während sich das Kabinett diesem Verlangen wider-  
setzte. Die Regierung stellte wieder einmal die Vertrauens-  
frage. Die Debatte in der Kammer am Dienstag — das Haus  
tagte morgens und nachmittags — war sehr heftig und ihr Aus-  
gang bis zuletzt ungemiß.

Die Radikalen begründeten ihren Antrag damit, daß die von  
dieser Maßnahme erwarteten Ersparnisse ungenügend seien, um die  
tatsächlichen Nachteile, die die Neuauftellung der Gerichtsbezirke mit  
sich brachte, aufzuwiegen.

Justizminister Barthou verteidigte den Regierungsantrag,  
von dem er nicht abweichen wolle, und lehnte den radikalen Antrag  
als ungenügend ab mit der Begründung, daß es materiell un-  
möglich sei, dem Antrage entsprechend bis 1. Oktober 1929 die  
aufgehobenen Gerichte wieder einzusetzen.

Die Abstimmung über den Antrag Marie, gegen den die Regie-  
rung die Vertrauensfrage stellte, endete mit seiner Ablehnung mit  
281 gegen 285 Stimmen.

Nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses wurde auf  
seiner der sozialistischen Abgeordneten der Ruf laut: „Demission!  
Demission!“ — In den Wandelgängen erklärte Justizminister Bar-  
thou am Abend noch, daß die Regierung trotz der heutigen Ab-  
stimmung am Donnerstag die Debatte fortsetzen werde.

Poincaré selbst hat dieser für sein Kabinett so gefähr-  
lichen Nachtprobe nicht beizuhelfen können. Er ist an  
Grippe erkrankt. Auch Briand ist bettlägerig. Zum  
zweiten Male innerhalb von fünf Tagen mußte der Justiz-  
minister Barthou im Namen des Kabinetts die Ver-  
trauensfrage stellen. Mußte er wirklich oder ist es nicht  
vielmehr eine schlechte Angewohnheit, die aus jener Zeit  
der Inflationspanik stammt, in der Poincaré mit der  
Belastung der Vertrauensfrage bei jeder Kleinigkeit herum-  
fuchtelte? Damals konnte er mit der Drohung einer neuen  
Finanzkatastrophe für den Fall seines Sturzes operieren und  
jede Regung der Opposition inwendig niederrücken. Aber die  
Zeiten haben sich seitdem geändert. Das Schicksal der stabili-  
sierten Währung ist nicht mehr von dem Verbleiben Poin-  
carés im Amte abhängig; das hat Poincaré selber betundet,

als er im Dezember freiwillig zurücktreten wollte und sich  
nur durch das Drängen seiner Kollegen und des Präsidenten  
Doumergue von dieser Absicht abbringen ließ.

Poincaré wußte schon, warum er damals spontan das  
Feld räumen wollte. Denn das Ministerium, das er nach  
dem Ausscheiden Herriots und der anderen radikalen  
Minister mit Vertretern der Rechten ergänzte, ist auf die  
Dauer nicht zu halten. Es ist eine Rechtsregierung und  
die April 1928 neugewählte Kammer hat eine Links-  
mehrheit. Dieser Widerspruch wird nur dadurch einiger-  
maßen verwischt, daß Briand, Painlevé und Loucheur, die  
als Männer der Linken nach wie vor gelten, dem neuen  
Kabinett weiter angehören und von ihren engeren Freunden,  
mehr aus persönlicher Anhänglichkeit als aus politischer  
Ueberzeugung, weiter unterstützt werden.

Aber dieser Zustand ist offenkundig nur ein Provi-  
sorium. Das Kabinett würde schon längst gestürzt sein,  
wenn nicht sogar bei der Opposition der Wunsch bestünde,  
Poincaré die Verantwortung für die Endregelung der  
Reparationsfrage zu überlassen. Er selber, der noch  
im Dezember amtsüchtig war, hat jetzt den Ehrgeiz die  
französische Politik bis zur Erledigung des Reparations-  
problems zu leiten. Die Radikalen stehen zwar in ge-  
schlossener Opposition gegen das neue Ministerium — und  
sogar mit einer Geschlossenheit, wie sie seit vielen Jahren  
bei ihnen nicht zu beobachten war — aber sie wollen  
Poincaré im Augenblick gar nicht stürzen, sondern nur  
ihm die Schwäche seiner innerpolitischen Basis bei jeder Ge-  
legenheit vor Augen führen.

Indessen können solche Oppositionsübungen, die augen-  
blicklich gar nicht ernst gemeint sind, sehr leicht unvorhergesehen  
in eine ernste politische Krise ausarten, besonders dann, wenn  
der wenig beliebte Justizminister Barthou nach dem  
Beispiel Poincarés, aber ohne sein Prestige zu genießen, die  
Opposition mit der Vertrauensfrage niederrücken zu können  
glaubt. Vor vier Tagen hat er nur mit etwa 40 Stimmen  
den sozialistischen Amnestieantrag abgewehrt. Gestern ist  
die Mehrheit auf ganze sechs Stimmen gesunken.

Das ist ein ernstes Warnungszeichen. In  
anderen Zeiten würde in Frankreich jeder Ministerpräsident  
ein solches Ergebnis als eine Niederlage empfinden und,  
ohne formell gestürzt zu sein, seine Demission einreichen.  
Es ist nicht unmöglich, daß Poincaré diese Konsequenz heute  
ziehen wird. Aber wahrscheinlicher ist es, daß er unter Hin-  
weis auf die Reparationsverhandlungen und auf die relative  
Rebensichtigkeit des gestrigen Streitgegenstandes nicht  
zurücktreten wird. Handelte er anders und überreichte er  
heute sein Rücktrittsgesuch dem Präsidenten Doumergue, dann  
würde er damit nicht nur seinen Anhängern einen schlechten  
Dienst erweisen, sondern fast ebenso sehr die Radikalen in  
Verlegenheit bringen.

An den Geschäftsordnungsausschuss wird das Ersuchen gerichtet,  
eine weitere Verschärfung der Disziplinarmaß-  
regeln gegen Abgeordnete herbeizuführen, so eine längere  
Entziehung der Diäten und der Fahrkarten.

Ferner ist an die Polizei ein Hinweis dahin gegeben worden,  
daß sie, wenn ein Zusammenwirken von Abgeordneten und störenden  
Tribünenbesuchern festgestellt wird, sich an die Immunität der Ab-  
geordneten nicht kehren solle, sondern die Abgeordneten wegen eines  
Vergehens auf frischer Tat sofort zu verhaften. Ferner soll für solche  
Fälle ein Verfahren wegen Hausfriedensbruchs eingeleitet  
werden.

Am übrigen erklärte der Reichstagspräsident, daß gegen jedes  
Schimpfwort und jeden beschimpfenden Juruf seitens des Präsidenten  
mit unmaßsätzlicher Schärfe vorgegangen werden wird.

### Koalitionsbesprechungen in Preußen.

Zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei.

Im Laufe des Mittwochs wird voraussichtlich eine Besprechung  
zwischen dem Führer der Landtagsfraktion der Volkspartei, dem  
Abg. Stendel, und dem Unterhändler des Zentrums, Dr. Heß,  
stattfinden.

Der Verkehrsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Dien-  
stag mit dem Sicherheitsverhältnissen auf der Reichs-  
bahn. Der Ausschuss hält die Betriebssicherheit in erster Linie für  
eine Geldfrage. Er vertritt die Auffassung, daß die Reichsbahn  
aus der unmittelbaren Haftung für die Reparationszahlungen ent-  
lassen werden muß, damit ihr wieder eine geordnete Ansehens-  
fähigkeit ermöglicht ist. Eine Entschädigung in diesem Sinne wird der  
Ausschuss dem Reichstag unterbreiten.

## Schafft wahre Volksbildung!

Der Menschenfortierungsapparat des Berechtigungswezens.  
Von Oberstudienrat Dr. K. Müller.

Kein Land der Erde kennt so viele Berechtigungen, die  
man nachweisen muß, wenn man in irgendeinem Beruf hin-  
einwill. Das ist der Jammer unserer Zeit, daß sie es nicht  
verstanden hat, mit diesen „Kultur“ überresten des alten  
Staates aufzuräumen. Wer die Untersekunda einer höheren  
Schule mit Erfolg besuchte, bekam früher die „Berechtigung“  
zum einjährigen Dienst und zum Eintritt in die mittlere  
Beamtenlaufbahn. Wer erfolgreich durch die Obersekunda  
gegangen war, bekam erweiterte „Berechtigungen“, hatte er  
doch die „Primareife“, und dann kam das Abitur, dessen Be-  
sitz es dem Glücklichen ermöglichte, alle Karrieren einzu-  
schlagen.

Der Besuch der höheren Schule hing meistens vom  
väterlichen Geldbeutel ab. Die „Berechtigungen“ schieden  
alle aus, denen es am notwendigen Kammon gebrach,  
um so lange auszuhalten, bis man diese Berechtigungen er-  
langen konnte. Nicht ausgeschlossen aber waren oft die,  
denen es an der nötigen Gehirnmasse gebrach. Konnte  
es nur der Beutel des Vaters und das Stillsitzen des Herrn  
Sohnes aushalten, so winkte auf die eine oder andere Weise  
doch einmal die ersehnte „Berechtigung“. Half alles nichts,  
dann suchte man eine „Bresse“ auf, die natürlich noch mehr  
Geld kostete, aber die „Berechtigung“ lieferte.

Als die Mittelschulen aufkamen, dem der eigentliche  
Bürgerstand seine Kinder anvertraute, die sich dem Gewerbe,  
dem Handel oder der mittleren Beamtenlaufbahn widmen  
sollten, da erariff das Berechtigungsfever auch diese  
Schichten und Schulen. Jetzt bekam die mittlere Reife erst  
ihren vollen Wert. Inzwischen hatte sich die Mädchen-  
bildung geweitet. Die Ungeen entstanden. Da ging das  
alte Leiden mit den „Berechtigungen“ wieder los. Was der  
Junge hatte, konnte das Mädchen nicht ungenüht lassen:  
von der bunten Nähe angefangen bis zur „Berechtigung“.

Es ist ein Jammer, dies zu sehen: Nicht mehr die  
Tüchtigkeit entscheidet, es ist bei der papierernen Abwertung  
verblieben. Zwar sind die Erziehungsbeihilfen für tüchtige  
Kinder wesentlich vermehrt, aber das Gros der Tüchtigen  
kommt darum doch nicht zu seinem Recht. „Der Berechtigungs-  
fimmel“ schiebt immer noch und in ganz großem Ausmaße  
Untüchtige, die allein durch Schulzeugnisse obgestempelt sind,  
nach oben und scheidet sie von der großen Masse des Volkes  
und verdrängt tüchtigen, nicht abgestempelten Nachwuchs.  
Das Geld entscheidet, die Schulweisheit, nicht der innere,  
geistige Wert und die Lebenstätigkeit.

Bekennen wir die ganze Schwere dieser törichtesten Ueber-  
lieferung nicht: Diese „Berechtigungen“ waren und sind das  
Sieb, durch das immer noch tüchtige Volksschichten vom Auf-  
stieg ferngehalten werden.

Alle Erwerbszweige haben bisher an der Anwendung  
dieses Siebes tüchtig und gern geholfen. Immer weitere  
Kreise zogen die Berechtigungen, indem immer mehr  
Zweige unseres öffentlichen Lebens den Eintritt in ihre  
Schichten von der oder jener Berechtigung abhängig machten.  
Die darin Befindlichen wiederum drangen aus Berufs-  
egoismus auf die Berechtigung, sie wollten das Ansehen  
des Standes heben. So ging der „Drang nach oben“ immer  
weiter durch diese „Berechtigungen“.

Was unten blieb, das konnte doch eigentlich nur Minder-  
wertigkeiten darstellen. War es darum ein Wunder, wenn  
diese „berechtigungslosen Schichten“ gering oder gar verachtet  
wurden? Ist es ein Wunder, daß heute die entsetzliche Flucht  
aus der Volksschule weite Kreise erariffen hat? Unser Volk  
leidet am Berechtigungsfever. Diese Seuche kann nur be-  
seitigt werden, wenn man diese Berechtigungen überhaupt  
ab schafft. Man erweitere endlich die Volksschule durch etwa  
zwei weiterführende, freiwillig zu besuchende Klassen, in  
denen tüchtige Volksschulkinder ihre Bildung erweitern und  
sich so die Möglichkeit schaffen können, ihr Können auf Grund  
dieser Bildung im Erwerbsleben dazun zu können, ohne  
eine mittlere oder höhere Schule besucht zu haben.

Solange nicht Ernst gemacht wird mit dem Versprechen  
der Verfassung, daß für die Aufnahme in eine höhere Schule  
nur die Kräfte des Kindes ausschlaggebend sein sollen, wie es  
Artikel 146 versieht, so lange wird es nicht anders werden  
mit dem Berechtigungsunwesen, und so lange werden sich die  
durch diesen Unfug künstlich geschichteten Mittelmäßigkeiten  
überall breit machen und ungerechtfertigte Ansprüche stellen.  
Das ist ja die übelste Folgewirkung solcher Bevorzugungen,  
wie sie die Berechtigungen darstellen, daß sie Dunkel-  
zeugen der die Klassenangelegenheiten noch verschärfen.

Wir haben es gerade beim Einjährigenprivileg gesehen,  
das mit allen seinen Auswirkungen das Heer eigentlich in  
zwei große Gruppen spaltete. Jetzt ist beim Militär wenig-  
stens theoretisch dies „Berechtigungsprivileg“ beseitigt. Wes-  
halb folgen denn andere Berufsschichten nicht nach? Im  
Gegenteil hat das Reichsamt das Abitur gefordert,  
und die Reichsbahn ist aefolat. Im Geanlag dazu  
stellt Berlin Volk- und Mittelschüler und Abiturienten  
gleicherweise ein. Jeder kann steigen, wenn er sich als

### Beschlüsse des Reichstages.

Pensionsbeschränkung. — Inflationsgewinnsteuer.

Im Reichstag wurde gestern die Aussprache über die  
Kleinrentnerfürsorge fortgesetzt. Eine Entschädigung der Wirt-  
schaftspartei, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen,  
wonach Pensionen über 12 000 M. von Reich, Län-  
dern und Gemeinden nicht mehr gezahlt werden sollen  
und die durch diese Pensionskürzung erzielten Ersparnisse für  
die notleidenden Rentner zu verwenden sind, wurde gegen die  
Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei  
angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Ein-  
führung einer Inflationsgewinnsteuer wurde  
gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen  
Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Demokraten mit  
181 gegen 141 Stimmen ebenfalls angenommen.

Mit diesem Zusatz wurde dann gegen die Deutschnatio-  
nalen die volksparteiliche Entschädigung angenommen, daß  
den Rentnern ein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Rente  
gesichert werden soll.

### Ordnung im Reichstag.

Mahnahmen gegen organisierten kommunistischen Lärm.

Nach längerer Aussprache billigte der Reichstagsrat des  
Reichstages die vom Präsidenten getroffenen verschärften Ge-  
schäftsordnungsmahnahmen im Reichstage. Es handelt sich in erster  
Linie um eine Verstärkung der uniformierten und nichtuniformierten  
Polizei.



# Um die Invalidenversicherung.

## Beratung der sozialdemokratischen Anträge.

Im sozialen Ausschuss des Reichstags haben am Dienstag die Beratungen über die vorliegenden Anträge der Sozialdemokratie zum Ausbau der Invaliden- und Angestelltenversicherung begonnen. Abg. Karsten (Soz.) begründete den Antrag und verlangte, daß der Ausschuss vor allem zur vorgeschlagenen Ausgestaltung neuer Lohnklassen Stellung nehmen möge, um die für die Rentenerhöhung erforderlichen Mittel zu beschaffen. Reichsarbeitsminister Bissell erklärte, daß er die Einführung neuer Lohnklassen grundsätzlich nicht ablehne.

Es müsse aber geprüft werden, ob diese Reserve der Invalidenversicherung schon jetzt beansprucht werden soll.

Ziel (D. Sp.) und Got (Dnat.) ergingen sich in sehr scharfen Angriffen gegen die Sozialdemokratie, um ihre ablehnende Haltung gegen den Ausbau der Invalidenversicherung zu veranschaulichen.

Abg. Müller-Lichtenberg (Soz.) konnte an Hand eines sehr spezialisierten Zahlenmaterials des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes feststellen, daß die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Berechnungen über die Mehrbelastung der Invalidenversicherung durch den sozialdemokratischen Antrag als viel zu hoch angesehen werden müßte. Angesichts der Not der Invaliden müsse die in neuen Lohnklassen enthaltene Reserve jetzt in Anspruch genommen werden.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erinnerte die Redner der bürgerlichen Parteien daran, daß sie erst in den letzten Tagen ohne nach der finanziellen Deckung zu fragen, die radikalsten Forderungen für die Kleinrentner gestellt hätten.

jetzt aber für die Arbeitsinvaliden nichts übrig haben. Er verlangte, daß zunächst eine Entschädigung des Ausschusses über die Einführung neuer Lohnklassen erfolge und er betonte gegenüber den Kommunisten, daß eine Arbeiterpartei, die den Invalidenrentnern helfen wolle, auch den Mut haben müsse, von den in Beschäftigung befindlichen Arbeitern die ihren Löhnen entsprechenden Beiträge zu verlangen. Der Reichstag sei doch auch bereit gewesen, in der Angestelltenversicherung die Beiträge zu entwickeln.

Nachdem die Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sehr voneinander abwichen, wurde beschlossen, die Regierung bis zur nächsten Sitzung aufzufordern, dazu aufklärendes Material beizubringen.

Es ist bemerkenswert, daß das Zentrum in dieser Sitzung sich vollkommen ausgeglichen hat und damit stillschweigend die Reichsparteien in ihrer Haltung unterläßt.

Bis jetzt hat sich noch keine der bürgerlichen Parteien bereit erklärt, durch Einführung neuer Lohnklassen die Deckung für die notwendigen Verbesserungen der Invalidenversicherung zu gewährleisten.

Es ist deshalb eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit, wenn die sozialdemokratischen Anträge als „verantwortungslos“ bezeichnet werden, nachdem man selbst die Verantwortung für die erforderliche Deckung der Ausgaben der Invalidenversicherung nicht zu übernehmen bereit ist. Die Verhandlung geht am Donnerstag weiter.

fähig erweist, und der Deutsche Städtetag klagt über den ungeheuren Zubrang zu den mittleren Berufen. Der Staatsrat sah eine Entschädigung zum Staatshaushalt 1929, in der er von dem erschreckenden Zubrang zur höheren Schule sprach und das Ministerium um Herabsetzung der übermäßigen Forderungen ersuchte, die an Bewerber der Reichsbahn und Post gestellt würden. Es sollten keine über die Obersekundareise hinausgehenden Anforderungen an die mittlere Beamtenschaft gestellt werden.

Es muß ein Ende haben mit diesem Wettlauf, wie er sich in den Berechtigungen ausdrückt. Man lege ihn in die Berufsbahn, und er wird Kräfte zeitigen, die dem öffentlichen Leben zugute kommen. Minister Becker sprach in diesem Zusammenhange von der für jeden Pädagogen unverständlichen Lösung, wie sie die Primareise darstellt, die eine abschließende Bildung nicht vermittelt. Das weiß jeder, und trotzdem fordern ganze mittlere Beamtenschichten diese Berechtigung! Genau so, nur noch viel schlimmer liegt es mit der Obersekundareise. Hier ist noch viel weniger ein Bildungsabschluß vorhanden.

Es kann nicht mehr geleugnet werden, daß unser gesamtes Bildungswesen entartet und zu einem Bildungswesen geworden ist, das die Volksbildung herabdrückt. Denn es scheidet die Volksschüler ganz aus dem Wettbewerb aus. Dieser Menschenfortierungsapparat wirkt verheerend. Um so mehr als die erteilte Berechtigung überhaupt kein Urteil über den Lebenswert oder -unwert des Berechtigten geben kann. Es ist ja nur ein pädagogisches Bewerten. Meist kennen die Lehrer, welche diese Berechtigungen für das Leben und die Berufe ausstellen, Leben und Berufe selbst nicht. Man übersehe doch nicht, daß das Problem an ganz anderem Ende angefaßt werden muß; die eigentliche Formung des Menschen erfolgt im Berufe, da muß er zeigen, daß er etwas leistet.

Nur eine vollkommene Umgestaltung unserer Schulen wird hier endgültig Wandel schaffen können: Baut die Volksschule ein in den Bildungsorganismus, schafft die differenzierte Schule, die Rücksicht nimmt auf die verschiedenen Begabungen. Beseitigt die Prüfungen, in denen doch nichts festgestellt werden kann, was die Lebensbetätigungskraft des Schülers betrifft, bringt den Schüler im Unterricht mit dem wirklichen Leben zusammen, und vor allem: der Weg durch die Volksschule muß der niedrigen Einschätzung entkleidet werden. Wahre Volksbildung und Berechtigungswesen stehen im stärksten Gegensatz.

## Die Landwirtschaft fordert.

Nicht mehr Selbsthilfe — der Staat soll wieder helfen.

Die Vertreter der Landwirtschaft scheinen die politische Situation vor der Staatsberatung im Reich für günstig zu halten, um neue Ansprüche anzumelden. Die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, gezeichnet Brandes, Schiele, Hermes und Fehr, veröffentlichen einen Aufruf, der unverzügliche Hilfsmaßnahmen von der Regierung fordert. Der Aufruf schließt:

„Die Unterzeichneten werden in aller Kürze der Reichsregierung gemeinsame Vorschläge für die Behebung der dringlichsten Notstände und darüber hinaus für die Sicherung der Existenzfähigkeit der Landwirtschaft unterbreiten.“

Die Notlage des Reiches ist den Vertretern der Landwirtschaft bekannt. Die Reichsregierung verfügt nicht über jene Reserven, die der Bürgerkrieg kurz vor seinem Ende zum Schaden der Reichsfinanzen leichtsinnig ausgegeben hat. Sie werden sich damit befremden müssen, daß der Landwirtschaft keine Vorzugsstellung eingeräumt werden kann.

Der Bundesvorstand des Bayerischen Landbundes fordert ebenfalls — er will Zollerhöhungen. Seine Resolution schließt: „An den Maßnahmen der derzeitigen Reichsregierung kann der Bayerische Landbund keinen ersten Willen zur Hilfe für die abstinkende Landwirtschaft erblicken.“

Dagegen vertraut und erwartet er von dem Führer des deutschen Volkes, vom Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er rechtzeitig alle Maßnahmen zur Errettung der deutschen Landwirtschaft trifft, die die Reichsverfassung mit außerparlamentarischen Mitteln vorseht.“

Wiso Zollerhöhungen auf Grund des Artikels 48, Agrarfaschismus! Die üble Demagogie der bayerischen Bauernführer tritt hier abermals hervor. Diese Methoden dienen nur dazu, die Forderungen der Landwirtschaft zu diskreditieren und den vorwiegend politisch-demagogischen Charakter der Landbündelforderungen aufzuzeigen.

## Hausbesitzerforderungen.

Der Staat als merkende Kuh des Besitzes — das Ideal der Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem darauf hingewiesen wird, daß das zurzeit herrschende Frostwetter in den Häusern große Frostschäden hervorgerufen habe. Die Hauseigentümer seien nicht in der Lage, die Schäden aus eigenen Mitteln zu beseitigen. Wenn ihnen bei der Eingebung neuer Schuldverbindlichkeiten zu diesem Zwecke nicht von Gesetzeswegen besondere Unterstützungen und Erleichterungen gewährt würden, werde die unausbleibliche Folge ein zunehmender Verzug in der Entrichtung der öffentlichen Abgaben bzw. ein weiterer Verfall der Häuser sein. Da es sich hier um einen unverschuldeten Notstand handelt, wird das Staatsministerium ersucht, auf die Gemeinden dahin einzurwirken, daß diese zur Hergabe von Darlehen unter günstigen Bedingungen öffentliche Mittel bereitstellen, und Bestimmungen dahingehend zu erlassen, daß den betroffenen Eigentümern auf Grund des § 9 Abs. 1 der Hauszinssteuerordnung ein der Höhe der für diese Zwecke aufgewandten Kosten entsprechender Teil der Hauszinssteuer erlassen werde.

Der Hausbesitz ist nach dem Urteil aller Sachkenner rentabel. Die Hausbesitzer wollen den Genuß der Einkünfte aus Besitz — ein entsetzendes Risiko aber soll der Staat tragen. Sie betrachten den Staat als eine Art Versicherung für ungeschmäleretes Einkommen aus Besitz, für die man keine Prämien zu zahlen braucht.

Gegen Frostschäden kann man sich versichern. Wer es nicht tut, um die Prämie zu sparen, handelt leichtsinnig und kann keinerlei Anspruch auf Hilfe aus öffentlichen Mitteln beanspruchen.

Nunius Bacelli soll Kardinal werden. Der „Bayerische Kurier“ schreibt aus sicherer Quelle zu wissen, daß der päpstliche Nunius Bacelli in Vado von Berlin abberufen werde. Er soll die Kardinalwürde und den freigewordenen erzbischöflichen Stuhl von Mailand bekommen.

# Chinas Kampf für seine Freiheit.

## Der neue Gesandte der Kuomintang spricht.

Bei einem Empfang wies der erste beim Deutschen Reich beglaubigte Gesandte der Nationalregierung in Peking, Tschang I-shing, auf die durch den deutsch-chinesischen Handelsvertrag von neuem vertieften freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China hin. Die auswärtige Politik der chinesischen Nationalregierung sei von den Prinzipien Sunjatsens, dem Grundgedanke der Gleichheit und Freiheit der Völker, geleitet und von dem Streben, für China im Bund der Völker den ihm gebührenden Platz

als freies und unabhängiges Volk

zu erringen. Die Kuomintang orientiere ihre Arbeit nach den „drei Volksprinzipien“ Sunjatsens, des Strebens des Menschen nach internationaler Gleichberechtigung, nach politischer Gleichheit und nach wirtschaftlicher Gleichheit. Die Kuomintang habe das chinesische Volk zu einer Revolution aufgerufen mit dem heute erreichten Ziele die Einflüsse der Militaristen und derjenigen Kreise zu beseitigen, die sich der Entwicklung der Demokratie in China entgegenstellen. Mit Ausnahme von ganz wenigen Mächten habe die Freiheitspolitik der Nationalregierung zum Verzicht der fremden Mächte

auf Rechte und Privilegien geführt, die auf Grund von ungleichen Verträgen erlangt worden seien.

Aber in der heute noch vielfach fortbestehenden Konsulargerichtbarkeit, den Pachtgebieten, Konzessionen, dem Halten ausländischer Truppen in China, dem Befahren der chinesischen Binnengewässer seien noch immer Verletzungen der chinesischen Landeshoheit vorhanden.

„Die Nationalregierung und das chinesische Volk sind sich einig, daß dieser Zustand in kürzester Zeit geändert werden muß. Sollte aber eine Macht sich darauf versteifen, ihre Vorrechte in China aufrechtzuerhalten, so wird mein Vaterland ungeachtet der Opfer den Kampf aufnehmen und bis zum glücklichen Ende durchführen.“

Man wird in diesen letzten, immerhin sehr scharfen Worten nicht irgendwelche Kampfansage mit militärischen Mitteln erblicken dürfen. Immerhin zeugen sie von der Entschlossenheit, mit der das neue China um seine volle Freiheit zu kämpfen gekommen ist.

## Aus dem Strafrechtsausschuß.

Nachruf für Alwin Saenger. — Beratung des Gotteslästerungsparagrafen.

Bevor der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Abg. Kahl, die Sitzung eröffnete, widmete er dem verstorbenen Abg. Alwin Saenger einen warmen Nachruf. Er hob hervor, daß der Verstorbene mit treuer Hingabe und großer Innerlichkeit alle Probleme der Strafrechtsreform behandelt habe. Einer seiner Charakterzüge sei gewesen, das, was er vertreten habe, mit innerster Ueberzeugungskraft zu tun. Sein Tod sei ein großer Verlust für den Ausschuss. Der Ausschuss werde seinem wertvollen Mitarbeiter ein dankbares Andenken bewahren. Die Mitglieder des Ausschusses hatten sich bei dieser Rede von den Köpfen erhoben.

Darauf folgte der Strafrechtsausschuß die Beratungen des § 180 fort, der die Beschimpfung von Religionsgesellschaften behandelt und der den heutigen Gotteslästerungsparagrafen ersetzen soll. In der Beratung vertrat Genosse Landberg abermals die Streichung des ganzen Paragraphen. Genossin Büßl trat ebenfalls für die sozialdemokratischen Anträge ein.

Im Laufe der Verhandlungen begrüßte der Vorsitzende Kahl den neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

## Städte wehren sich.

Neue Beschlüsse des Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat zu dem Entwurf des Steuervereinhaltungs-gesetzes eine Entschädigung angenommen, in der er fordert, daß der richtige Gedanke einer Steuervereinhaltung nicht zu einer weiteren Beschränkung der gemeindlichen Selbstverwaltung auf steuerlichen Gebieten ausgenutzt wird. Sollte die Festsetzung der Besteuerungsgrundlagen bei den Realsteuern den Verwaltungen der Länder und der Gemeinden entzogen und den Finanzämtern übertragen werden, so werde die Einführung eines gemeindlichen Einkommensverfahrens und einer ausreichenden Beteiligung der Gemeinden an der laufenden Arbeit der Finanzämter durch Gewährung eines umfassenden Rechts auf Auskunft und unmittelbaren Verkehr mit den Steuerpflichtigen notwendig.

Das obligatorische Anhörungsrecht der Berufsvertretungen über die Höhe der Steuerumlagen der Gemeinden schränkt — nach Auffassung des Städtetages — die Selbstverwaltung zugunsten beruflicher Sonderinteressen ein und ist abzulehnen. Die staatliche Genehmigung der Gemeindeumlagen dürfe keinesfalls zur Regel werden, sondern nur in wirklich dringenden Fällen eintreten.

Hinsichtlich der Wohnungspolitik besagt die Entschädigung folgendes: „Die deutschen Städte haben nie unterlassen, bei jeder Gelegenheit die Forderung nach ausreichendem und gesundem Wohnraum für die in den Städten wohnenden Menschenmassen zu erheben. Wohnungspolitik ist eine der dringendsten Gemeindefragen. Jeder Bedanke auf zentralistische Planwirtschaft wird daher aufs schärfste abgelehnt. In der Erkenntnis, daß eine menschenwürdige Wohnung mit mäßigem Mietzins die Voraussetzung sozialen Friedens, der Volksgesundheit und des wirtschaftlichen Fortschritts

ist, haben die Städte der Neubaulätigkeit stets ihre besondere Fürsorge gewidmet. Soll diese auf weite Sicht gestellte Wohnungs- und Grundstücks politik nicht in ihren Grundlagen auf das Schwerkste erschüttert werden, so muß der Fortbestand der Gehäusentfaltungsteuer als der wichtigsten Finanzierungsquelle des Wohnungsbaues bis zur Beseitigung der Wohnungsnot unbedingt und auch weiterhin aller Gemeindesteuern in einem Maße, das die Deckung der inneren Kriegskosten bei den Gemeinden befriedigt, gesichert sein. Zu diesem Zweck richten die deutschen Städte an den Reichstag die dringende Bitte, durch eine Festlegung der Gebäudeentfaltungsteuer auf die Dauer von mindestens 25 Jahren die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.“

## Mecklenburg sucht Anschluß.

Der Finanzminister kündigt Vorverhandlungen an.

Schwerin, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Im Landtag für Mecklenburg-Schwerin erklärte der sozialdemokratische Finanzminister Asch am Dienstag anlässlich der Staatsberatung:

„Zwangsläufig wird früher oder später durch die Einnahmeverminderung infolge der Änderung des Finanzausgleichs und des bevorstehenden Steuervereinhaltungs-gesetzes das mecklenburgische Volk zur Entscheidung gedrängt, ob es seine Eigenstaatlichkeit aufrechterhalten will oder nicht. Die mecklenburgische Regierung wird bemüht bleiben, die Härten, die diese beiden Gesetze für die Länder mit sich bringen, zu mildern. Gleichzeitig wird sie bei der nächsten Gelegenheit aber auch bei den Verhandlungen im Reich feststellen, auf welcher Grundlage ein Anschluß Mecklenburgs an ein anderes Land möglich ist. Für den Fall, daß die Bedingungen eines Anschlusses günstig sind, wäre es tüchtig, wenn man ihn nicht annehmen würde.“

## Auflösungsantrag in Sachsen abgelehnt.

Die Wahlen von 1926 bleiben gültig.

Dresden, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag lehnte am Dienstag einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung ab. Vorher wurde ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der auf Grund einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Wahlen von 1926 für ungültig erklären wollte.

## Der Fall Frieders.

Einstellung des Dienststrafverfahrens.

Weimar, 19. Februar.

Die Dienststrafkammer des Landgerichts Weimar trat Dienstag normittag zur Erzielung der Angelegenheit Frieders wieder zusammen. Der Regierungssprecher gab die von der Regierung bestätigte Entlassung des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders aus dem Staatsdienst bekannt. Darauf wurde von der Disziplinar-Strafkammer beschlossen, im Hinblick auf die Entlassung von Frieders das Dienststrafverfahren gegen ihn sofort einzustellen.



## Umschwungzeichen in Warschau.

Gesandter Kaufser bei Pilsudski, Woivode Oraczynski in die Hauptstadt berufen.

Warschau, 19. Februar.  
Ulrich Kaufser, der Gesandte der deutschen Republik, besuchte heute den Kriegsminister und Regierungschef Pilsudski. Die Unterredung dauerte einhalb Stunden.

Kattowitz, 19. Februar.  
Die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, daß der Woivode von Oberschlesien sich gestern nach Warschau begeben hat. Die Reise wird in Zusammenhang gebracht mit der Auflösung des schlesischen Sejms und der Verhaftung des Abg. Ullh. In Warschau soll sich ein Umschwung der Stimmung und eine Veränderung der Anschauungen über die Zweckmäßigkeit dieser „Regelung“ der oberschlesischen Angelegenheit vorbereiten. Die „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiterzeitung) hatte (wie bereits gemeldet) nachgewiesen, daß den gesetzlichen Formen für die Sejm Auflösung nicht genügt, die Auflösung also gar nicht rechtens ist.

Inzwischen scheint man zu versuchen, dem Verhassten nicht nur eine einmalige Gesetzesübertretung unterzuschleiben, sondern den Haßlebsel mit dem Verdacht zu rechtfertigen, daß Ullh mehrmals zur Desertion verhoßen habe.

## Wahlrechtsoktroi für Ostoberschlesien!

Warschau, 19. Februar.  
Das Zentralorgan der polnischen sozialistischen Partei „Robotnik“ führt am heutigen Dienstag aus, daß die Regierung und ihre Presse ins Auge fasse, die Wahlordnung für den ostoberschlesischen Sejm durch einen Ministerratsbeschluss zu regeln. Falls die Regierung, so erklärt das Blatt, tatsächlich die Absicht haben sollte, ein neues Wahlgesez für Ostoberschlesien zu oktroyieren, so werde das nur im schroffen Gegensatz zum oberschlesischen Status gesehen können und die Autonomie willkürlich durchbrechen.

## Schleppender Gang in Paris.

Noch immer Verfahrensfragen im Vordergrund.

Paris, 19. Februar. (Eigenbericht.)  
Des Sachverständigenkomitee nahm am Dienstag morgen Erklärungen Dr. Schachts über das Ergebnis der seit Montag bezüglich des weiteren Ganges der Arbeiten gepflogenen Besprechungen entgegen. Die Sachverständigen vernichteten hiernach nicht lediglich zu einer definitiven Entscheidung zu gelangen, sondern beschloßen, daß die Besprechungen unter Hinzuziehen weiterer Mitglieder fortgesetzt werden sollen. Es wurde eine Programmtommission gebildet, der außer Stamp und Schacht auch die Sachverständigen Susiisch (Italien), Parmenier (Frankreich) und Gutz (Belgien) angehören. Die Kommission soll sich insbesondere darüber schlüssig werden, ob bestimmte Fragen wie die der Zahl und der Höhe der deutschen Annuitäten sowie der Kommerzialisierung der deutschen Schuld besser zuerst in Unterkomitees beraten oder gleich in der Vollversammlung besprochen werden sollen.

## Südafrikas Schicksalsfrage.

Weißer oder Eingeborenenherrschaft. — Regierungskrise.

London, 19. Februar. (Eigenbericht.)  
Die südafrikanische Regierung, eine Koalitionsregierung zwischen Nationalisten und einem Flügel der südafrikanischen Arbeiterpartei, ist am Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung der Legislativrat bei der Abstimmung über die Eingeborenen-Wahlrechtsbill mit 80 gegen 68 Stimmen unterlegen. Im Laufe der Debatte sprach sich Ministerpräsident General Herzog mit großem Nachdruck gegen diese Gewährung absoluter Gleichberechtigung für die farbige Bevölkerung aus und betonte, diese sei nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Weißen bereit seien, ihr Hab und Gut zu opfern und das Land zu verlassen. General Herzog stellte weiter fest, die Eingeborenen müßten wissen, daß ihre Forderungen unmöglich seien. Es müßte ausgesprochen werden, daß der weiße Mann entschlossen sei, Südafrika zu regieren. Falls man nicht schon jetzt energisch vorgehe, würden die Eingeborenen bald eine Mehrheit im südafrikanischen Parlament besitzen.

## Kinderehen in England.

Verbotsgesez in Beratung.

London, 19. Februar. (Eigenbericht.)  
Zu dem Gesezentwurf, der Heiraten zwischen Personen unter 16 Jahren für null und nichtig erklären soll, erklärte Lord Salisbury im Oberhaus, daß nach seinen Feststellungen in den letzten 12 Jahren in Großbritannien 318 Personen im Alter von 15, 28 Personen im Alter von 14 und drei Personen im Alter von 13 Jahren geheiratet hätten. Nach den bestehenden Gesezen sei im Falle der Zustimmung der Eltern bzw. Vormünder die Ehe zwischen einem Mädchen und einem Knaben von 14 Jahren theoretisch möglich. Die Deffentlichkeit sei vor kurzem durch Nachrichten über indische Kinderehen auf diese erschüttert worden; sie scheint jedoch nicht zu wissen, daß die Lage in Großbritannien in mancher Beziehung ebenso ist.

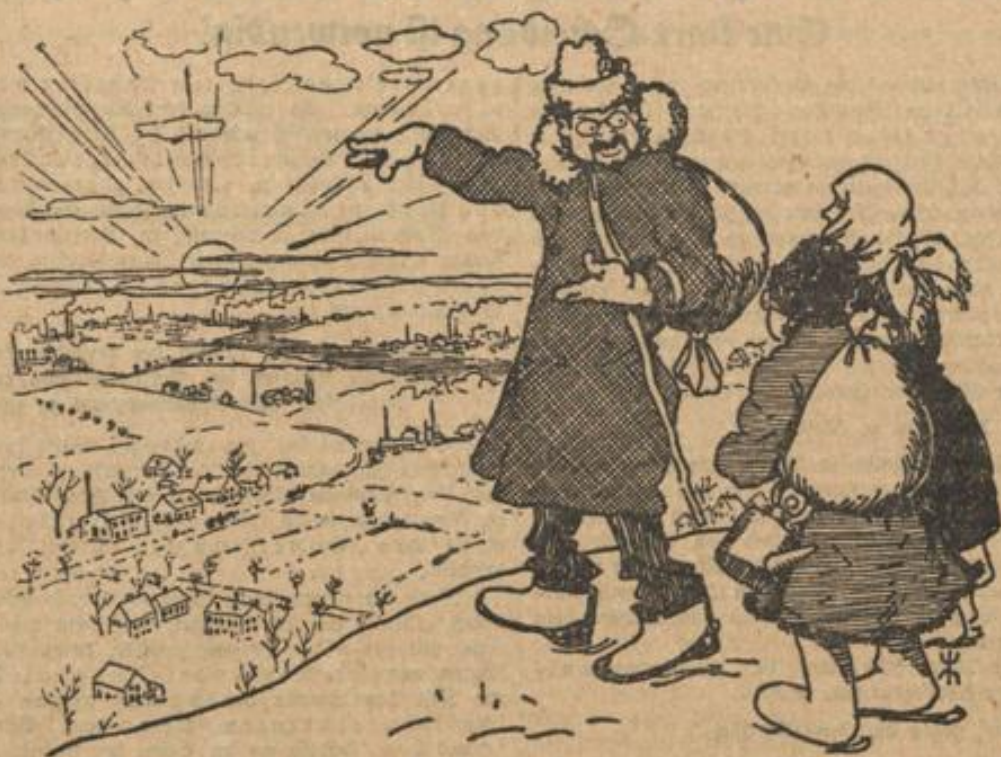
## Stuttgarter Handwerkskammerstandal

Berufungsurteil gegen den betrügerischen Präsidenten.

Stuttgart, 19. Februar. (Eigenbericht.)  
In der Berufungsverhandlung im Stuttgarter Handwerkskammerprozess gegen die beiden früheren Kammerpräsidenten Wolf und Fischer lautete das Urteil für Wolf, der in der ersten Instanz wegen fortgesetzter erschwerter Untreue, Unterschlagung, Anstiftung zur Begünstigung, Urkundenverfälschung, Sittlichkeitsverbrechen usw. zu insgesamt 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, auf 2 Jahre 8 Monate Gefängnis abzüglich 1 Jahr 2 Monate Untersuchungshaft und 300 Mark Geldstrafe, die durch die Untersuchungshaft für verübt erachtet werden. Fischer war in der ersten Instanz zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt und wurde jetzt freigesprochen.

Beide Angeklagte hatten als parlamentarische Vertreter der Deutschen Nationalen Partei im polnischen Sejm Stützpunkt jahrelang eine große Rolle gespielt und das Vertrauen vieler Kreise der Gewerbetreibenden genossen. Durch die betrügerischen Manipulationen des Wolf wurde die Handwerkskammer und damit hunderte von kleinen Handwerkerleuten um einen Betrag von etwa 90 000 Mark betrogen.

## Das gelobte Land.



Troßki: „Welch ein Glück für uns, meine Lieben, daß uns die Bolschewisierung Deutschlands vor zehn Jahren nicht geglückt ist!“

## Wirtschaftsdebatte im Landtag.

Besprechung der Krise und ihrer Ursachen.

Im Landtag hat am Dienstag zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung

Minister Dr. Schreiber gesprochen: Gesamtgüterumschlag und Gesamtbrennstoffverbrauch sind 1928 nicht wesentlich geringer gewesen als 1927. Die Krise der deutschen Wirtschaft besteht darin, daß die natürliche Zunahme der Wirtschaft unterblieben ist, die ein wachsendes Volk erfordert. Die jetzt schon 15 Monate dauernde Krise läßt die hellende Begleiterscheinung der Entspannung am Gesamtmarkt vermissen. Das beweist gewisse innere Störungen im Wirtschaftsorganismus.

Konkurse und Zwangsvergleiche haben die Vorkriegszahlen überschritten, obwohl der große Ausleseprozess der Rationalisierung schon vorhergegangen war. Das Preisniveau ist unmerklich geblieben, der Lebenshaltungsindeks um 1 Proz. gestiegen, die Kaufkraft der Arbeiter wesentlich vermehrt worden: nach der Lohnstatistik ist der tarifmäßige Durchschnittsmoenslohn bei den gelehrten Arbeitern um 7,1, bei den ungelehrten Arbeitern um 9,1 Proz. gestiegen. Die härteste Verschlechterung erfährt der Arbeitermarkt mit mehr als eine Million neuer Arbeitsloser. Die Krankheit der deutschen Wirtschaft geht zurück auf die übermäßige Höhe der Steuern, besonders der Realsteuern; sie hemmen die Konkurrenzfähigkeit. Deshalb erschiene mir eine Erhöhung der Umsatzsteuer besonders verfehlt. (Lebhafte Zustimmung links.) Zur Senkung der Realsteuern wird man den Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer geben müssen.

Wir brauchen jährlich mindestens 15 Milliarden neues Kapital, um die Wirtschaft weiter zu entwickeln. Müssen wir doch allein jährlich über 2 Milliarden in dem lange vernachlässigten Wohnungsbau investieren. Das Steigen des Zinsfußes beweist, daß trotz Auslandsanleihen der deutsche Kapitalbedarf unbedeutend ist. Die Rentabilität der Wirtschaft ist zu gering, die Kaufkraftermehrung ist der Kapitalneubildung vorausgeeilt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) An die Ausfuhr der Vorkriegszeit reichen wir noch lange nicht heran. Deshalb werden wir auch nicht imstande sein, bei Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebenshaltung unsere Verpflichtungen abzudecken. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Friedenslohnhöhe im allgemeinen erreicht, zum Teil überschritten. Troßdem wäre es

schick, von einem hohen Lohnniveau zu sprechen.

Aber auch die Steigerung der Löhne und Gehälter wäre kein Heilmittel für die trante Wirtschaft, denn Lohnhöhung bedeutet für Deutschland steigende Einfuhr ausländischer Konsumartikel. Die deutsche Lebenshaltung läßt sich deshalb nur parallel der Ausfuhr steigern. Als rohstoff- und kapitalarmes Land sind wir eben in einer ungünstigen Lage. Unsere Gesezgebungskosten dürfen nicht steigen, sondern müssen möglichst noch gesenkt werden. Dadurch wird die Steigerungsfähigkeit des Reallohns begrenzt. Man muß nach einem gerechten Ausgleich suchen, und ich hoffe, daß auch die Sachverständigen in Paris einen Ausgleich finden werden, der den Realitäten der deutschen Wirtschaftslage Rechnung trägt.

## Abg. Thiele (Soz.):

Das Riesendeckel der Arbeitslosen wächst von Monat zu Monat um hunderte Tausende. In den ersten 14 Tagen dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen um 19 Proz. gewachsen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber eine halbe Million Menschen ist in Deutschland jahrelang erwerbslos und fällt den Gemeinden zur Last. Insgesamt ist jetzt über 3 Millionen Menschen — mit den Familienangehörigen 9 Millionen — Verdienst und wirtschaftliche Funktion entzogen. Es wäre die erste Pflicht der Wirtschaftsführer, diese Millionen Arbeitslosen wieder in die Produktion einzureihen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir übersehen dabei nicht die Reparationslast. Aber gerade deshalb beargwöhnen wir doppelt jede Politik, die uns diese Last erleichtert. Reichsstandende Wirtschaftsführer denken darüber ganz anders als Herr Hugenberg, der ohnmächtige radikale Phrasen gegen die Reparation drischt. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.) Wir hoffen, daß auch in Paris gelaudes volkswirtschaftliches Denken über die Höhe der Reparationslast siegen wird.

Die Last der Realsteuern ist gegenüber dem Vorkriegsstand gemäß sehr gestiegen. Aber mit der Herabsetzung der Steuergrundbeträge werden Sie nichts schaffen; Sie werden die Gemeinden nur zwingen, die Zuschläge herauszufischen. Eine wirkliche Herabsetzung der Realsteuern ist nur bei anderer Finanzierung der Gemeinden möglich; man kann ihnen nicht dauernd neue Lasten auferlegen, ohne ihnen neue Mittel zu geben. (Sehr wahr! links.) Das hohe Zinsniveau ist die Folge des Verlustes an Betriebskapital durch Krieg und Inflation. Die Kapitalbildung wird durch das Daniederbleiben des Arbeitsmarktes und die hohe Zinslast erschwert.

Somit gehen wir mit den bürgerlichen Parteien zusammen; die Abhilfe erblicken wir auf einem anderen Weg. Wir versprechen uns bei der heutigen onarchischen Wirtschaft wenig von Staatshilfe, denn die Macht des Staates hat enge Grenzen. Grundsätzliche Voraussetzung der Wirtschaftsbesserung wäre die Verbilligung der Verbrauchsggegenstände, die aber von den Kartellen und anderen Monopolen verhindert wird. Der allgemeine Preisstand ist trotz der Krise hoch geblieben, aber da, wo Kartelle und Trusts den Markt beherrschen, sind die Preise sowohl für Rohstoffe wie für Fertigfabrikate noch gestiegen. Eine

Beeinflussung der Preispolitik der Kartelle durch die Regierung ist nicht einmal in dem bescheidenen Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten erfolgt.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Lohnkampf an der Produktion ist nicht geliegen. Die Atmosphäre des Mißtrauens zwischen Unternehmern und Arbeitern, von der Kaiser Goldschmidt auf dem Bankierkongress in Frankfurt a. M. gesprochen hat, ist geblieben; seine Forderung, die Arbeiter als gleichwertigen und gleichbedeutenden Faktor der Wirtschaft anzuerkennen, ist nicht erfüllt. Deshalb kann von einer neuen Arbeitsgemeinschaft noch keine Rede sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Klassenauseinandersetzungen in der Eisenindustrie und jetzt in der Textilindustrie zeigen, daß das Unternehmertum die Vorteile der Rationalisierung ausschließlich für sich haben will. Auch bei sinkender Konjunktur ist

kaum irgendwo die Aufsichtsratsantenne gekürt

worden. Dies und ungeheure Beiträge, die als Abschreibungen für die innere Stärkung der Betriebe verwendet werden, hat der Minister in seiner Berechnung der deutschen Kapitalbildung vergessen und dadurch das Wirtschaftsbild völlig verzerrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter der Herrschaft der Kartelle und Trusts hat sich, wie Professor Schmalenbach auf der Wiener Tagung deutscher Betriebswissenschaftler bewiesen hat, ein neues industriell-oludales Varietätentum gebildet. Erhebliche Kapitalbeträge werden verschleudert durch die Kämpfe um die Beteiligungsziffern und Quoten. Die besondere Aufmerksamkeit des Ministers lenkte ich auf die Absicht, beim polnischen Handelsvertrag 350 000 Tonnen polnische Kohle heranzulassen. Das würde 10 000 Arbeiter in den Hungergebieten Ober- und Niederschlesiens dauernd arbeitslos machen. Sehr aufmerksam beobachten sollten Landes- und Reichsbehörden

die Manipulationen deutscher Großunternehmungen, durch Gründung neuer Gesellschaften im Ausland sich teilweise der deutschen Steuerpflicht zu entziehen.

Mit allem Nachdruck wenden wir uns gegen den Berechtigungsunflug, der immer weiter greift. In Schreibstuben und bald auch in viele Gewerbe kommt der Volksschüler nicht hinein, der mit vierzehn Jahren die Volksschule verlassen hat. Wir nähern uns auf diesem Gebiet blühend chinesischen Zuständen, und darin liegt eine Gefahr für das arbeitende Volk, ebenso wie für die Industrie. Wir emsigen uns leider immer weiter von dem Ideal, jedem befähigten deutschen Kind die Möglichkeit des Aufstiegs nach der Begabung zu eröffnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach Reden des Abg. von Gersdorff (Dnat.) gegen das hillerdingische Steuerprogramm und des Abg. Frau Ludewig (Komm.) gegen die „reformistischen Gewerkschaftsführer“ wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

## „Das spricht für sich!“

Löbe und die Kommunisten.

Die „rote Fahne“ bringt zum Telegramm Troßkis an Löbe nichts als diese kurze Erläuterung:

Troßki als Schilling des Sozialimperialisten Löbe — das spricht für sich!

In der Tat, das spricht für sich. Aber neulich hat, wie hier erzählt wurde, auch Herr Münzenberg Löbes Vermittlung wegen einer Reise durch Polen erbeten und erhalten. Münzenberg als Schilling Löbes — spricht das auch für sich?

Gestern im Reichstag. Frau Trendelenburg (Komm.) spricht und kann kein Ende finden. Höflich mahnt sie Löbe als Präsident, zum Schluß zu kommen. Bräunt erwidert aus den Reihen der Kommunisten der Jurist: „Sie Hausnecht!“

Darauf Löbe: „Ich frage, ob sich der Wogardne, der mir das Wort Hausnecht zugerufen hat, melden will.“ Große Pause — alles bleibt stumm.

Das spricht auch für sich!



# Moskau gegen die Gewerkschaften.

## Eine klare Scheidung ist notwendig!

Als die Kommunisten während der Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie im November 1928 durch Bildung von sogenannten Kampforganisationen die Abwehrfront der Gewerkschaften zu unterhöhlen und zu schwächen versuchten, konnte man glauben, es mit dem Werk einiger verrückt gewordener Radikalkräfte zu tun zu haben. Diese Annahme hat sich als irrig herausgestellt. Wir wissen jetzt, daß die Kommunisten in Rheinland und Westfalen im Auftrag der Moskauer Gewerkschaftsinternationale handeln. Wir müssen auch damit rechnen, daß die Kommunisten überall dort, wo die Arbeiterschaft um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpft, mit demselben Quertreibereien einsehen werden, wie wir sie im Ruhrgebiet im vorigen Herbst erlebten. Die Moskauer Gewerkschaften machen

### Wahnsinn zu Methode.

Im Januar 1929 fand nämlich in Berlin eine Konferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale statt, die sich mit den neuen Richtlinien für die Aufgaben der Kommunisten bei Arbeitskämpfen beschäftigte. Diese Richtlinien sind von Solowski ausgearbeitet worden. Sie beschäftigten sich mit den Fragen der Streikstrategie, mit der Vorbereitung der Massen in Streiks und Aussperrungen, mit der Stellung von Streikposten und Bildung von Selbstschutzabteilungen usw.

Der Schwerpunkt dieser Richtlinien ist, die Unorganisierten während der Arbeitskämpfe zum

### Kampf gegen die Gewerkschaften

anzuwachen. Diese Aufforderung steht in den Richtlinien, die eine kleine Broschüre füllen, immer wieder.

Wir geben einige Proben aus den Richtlinien wieder, um zu zeigen, was in Zukunft gespielt werden soll. So heißt es z. B. in den Anweisungen für die Vorbereitung der Massen in Streiks und Aussperrungen: „Schon in dieser Vorbereitungsperiode ist es notwendig, in Versammlungen durch persönliche Gespräche und Bearbeitung jene Elemente der parteilosen, reformistischen, anarchosyndikalistischen und katholischen Arbeiter festzustellen, die in den Kampf gegen die Unternehmer auf der Basis unorganisierten, von der Gewerkschaftsbureaupolitik unabhängigen Taktik einbezogen werden können. Die Gewerkschaftsopposition muß ihre ganze Vorbereitungsarbeit so führen, daß die Notwendigkeit der Schaffung von Kampforganen zur Führung des Kampfes von unten, von den einfachen Arbeitern ausgeht und zum Gegenstand der Diskussion in allen Betrieben und Unternehmungen wird. Beim Herannahen einer Aussperrung ist es notwendig, die Lösung der Schaffung von Kampfkomitees gegen die Aussperrung, die in den Betrieben durch alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, ob sie organisiert sind oder nicht, geschaffen werden müssen...“

Gleichzeitig muß die erbitterteste Agitation und Propaganda in den Massen gegen die von oben ernannten Streikkomitees und gegen die Versuche der Gewerkschaftsdemokratie, die Führung des Kampfes solchen Komitees zu übergeben, geführt werden.“

Die Richtlinien kennen keinen Kampf gegen das Unternehmertum mehr, sondern nur noch den Kampf mit Hilfe der Unorganisierten

gegen die organisierten Arbeiter und ihre Organisationen. So werden die „Kampforganisationen“ in den Richtlinien angewiesen, während der Arbeitskämpfe „eine Beobachtung der Gewerkschaftsbureaupolitik zu organisieren, ihre Tätigkeit zu verfolgen, Demonstrationen vor den Verbandsbureaus im Falle von Geheimhandlungen und Machinationen zu organisieren, Versammlungen der Organisierten und der Unorganisierten einzuberufen, die Verjagung der Gewerkschaftsbureaus zu verlangen, Geldsammlungen vorzunehmen und

systematisch in den Massen der sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter das Vertrauen zum reformistischen, katholischen Gewerkschaftsapparat zu zerstören.“

Das Streikkomitee soll „zur mächtigen Waffe in den Händen der Gewerkschaftsopposition für die Vertreibung aller Kapitalsagenten und Unternehmerverbündeten aus den Gewerkschaften werden. In die Kampforganisation sollen offiziell Vertreter der reformistischen Gewerkschaften nicht aufgenommen werden.“

Wenn der reformistische Verband aber, so bestimmen die Richtlinien, „formell den Streik führt, kann man einen oder zwei Vertreter mit beratender Stimme zulassen, damit sie Bericht erstatten können, was die Verbandsleitung tut. Jegliche Versuche, zur Zeit des Streiks den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaupolitik unter dem Vorwande abzuschwächen, daß sie an der Spitze des Streiks steht, müssen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Man müsse den parteilosen reformistischen Arbeitern die Ausführung jeglicher Funktion in den Streikkomitees ermöglichen, um sie auf diese Weise in die unmittelbare Arbeit und den Kampf hineinzuziehen.“ Als möglich wird auch empfohlen, „Speziell Demonstrationen von Arbeiterfrauen und Kindern gegen Streikbrecher und die sie verteidigenden Polizeiabteilungen zu veranstalten.“

Als Streikposten sollen vor allem Unorganisierte genommen werden.

Man sieht klar, daß die Richtlinien hier die Propagierung von Zusammenstößen usw. bezwecken. Schlimmer können Agents provocateurs nicht handeln. Die Lichtgrößen der alten wilhelminischen Polizei waren gegen die Männer der Moskauer Gewerkschaftsinternationale doch nur Waisenkinder.

Mit den Richtlinien proklamieren die Kommunisten den Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die organisierte Arbeiterschaft. Der organisierte deutsche Arbeiter wird Anweisungen, wie sie die Moskauer Gewerkschaftsinternationale herausgegeben hat, ablehnen. Wenn man nicht wüßte, daß diese Richtlinien von der Moskauer Gewerkschaftsinternationale herausgegeben sind, möchte man sagen, sie sind das Werk von Scharfmachern. Mit diesen Richtlinien wird nur den scharfmacherischen Kreisen in Deutschland in die Hände gearbeitet. Sie stellen den Bankrott der kommunistischen Politik überhaupt dar. Diese Richtlinien sind das Ende. Zwischen den Gewerkschaften und allen, die nach diesen Richtlinien handeln, muß ein Trennungstrieb gezogen werden!

## Auch für Arbeiter muß Geld da sein! Konferenz im Deutschen Verkehrsband.

Am 18. Februar tagte in Berlin eine Reichskonferenz der im Deutschen Verkehrsband organisierten Reichs- und Staatsarbeiter. Nach einem Referat des Genossen Schmidt über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter wurde folgende Entschliessung gefaßt:

„Die Reichskonferenz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Reichs- und preussischen Staatsregierung gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter. Die Erklärung der Reichsregierung in der Verhandlung am 11. Februar 1929, daß sie infolge der Finanzlage des Reiches und zur Vermeidung von Lohnforderungen in der Privatindustrie sowie aus außenpolitischen Gründen den Reichs- und Staatsarbeitern zurzeit eine Lohnhöhung nicht gewähren kann, hält sie sachlich nicht für begründet.“

Die Löhne, die heute den Reichs- und Staatsarbeitern gezahlt werden, liegen so niedrig, daß sie selbst den bescheidensten Ansprüchen des Lebens nicht gerecht werden. Diese ablehnende Haltung der Reichsregierung gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter ist unförmlich und steigert die Erbitterung und Verzweiflung in den Reihen der Reichs- und Staatsarbeiter.“

Die Konferenz erachtet es als die vornehmste Pflicht der Reichsregierung, für die Erhaltung und Förderung der menschlichen Arbeitskraft durch eine ausreichende Entlohnung zu sorgen. Die Konferenz billigt deshalb die ablehnende Haltung der Organisation gegenüber dem Vorschlag der Reichsregierung, die alten Lohnsätze wieder in Kraft zu setzen. Sie verlangt die baldige Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen und erwartet von der Reichsregierung, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter entspricht.“

Ferner fordert die Konferenz die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden ohne Lohnausfall, den Wegfall der Karenzzeit bei Gewährung des Krankengeldzuschusses und die Verlängerung der Zeitdauer, für die er gewährt wird, die Verlängerung des Urlaubs und die Bemessung desselben nach Werttagen. Weiter fordert die Konferenz, daß Arbeiter mit einer zehnjährigen Dienstzeit nur entlassen werden dürfen, wenn die gesetzliche Befugnis zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorliegt.“

In der Erkenntnis, daß die Erfüllung dieser Forderungen eine Stärkung der gewerkschaftlichen Rachtmittel zur gebieterischen Notwendigkeit machen, werden die Delegierten sich mit ihrer ganzen Kraft für einen lückenlosen Ausbau ihrer Organisation einsetzen.“

Ferner forderte die Konferenz nach einem weiteren Referat des

Genossen Stüttgen über den Aufbau und die Leistungen der Zusperversorgungsanstalt die alsbaldige Wahl der Anstaltsorgane.

### Protest der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zu Montagabend nach der Bodbrauerei eine Versammlung der organisierten Reichs- und Staatsarbeiter einberufen, um gegen die Verschleppung der Lohnbewegung zu protestieren.

Wie Genosse Stettin mitteilte, sind die Lohnsätze für die Reichs- und preussischen Staatsarbeiter rechtzeitig zum 31. Januar gekündigt worden, so daß die ersten Verhandlungen schon im Januar hätten stattfinden können. Es wurden aber erst zum 1. Februar Verhandlungen anberaumt, die völlig ergebnislos verlaufen sind. Nach dem Bericht über den Verlauf der Verhandlungen betonte Genosse Stettin, daß man nicht vor lauter Rücksicht auf alle möglichen Dinge die Rücksicht auf die Arbeiter vergessen dürfe, die nicht mehr wissen, wo sie das zum Leben Notwendige hernehmen sollen. Er führte einige Orte aus dem Reich an, wo verheiratete Reichs- und Staatsarbeiter mit einem Nettoeinkommen von 26 bis 30 M. nach Hause gehen. Diese katastrophal niedrige Bezahlung ist nur deshalb möglich, weil sich das Reich und der Staat immer nach den Tariflöhnen der Fabrikbetriebe der Metallindustrie und der Reichsbahn richten, die erfahrungsgemäß nur auf dem Papier stehen und durch die tatsächlichen Zeilohn- und Aufwandsdienste überschritten werden.

Mit dieser Lohnpolitik müsse endlich einmal gebrochen und die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter den Verdiensten der ihnen vergleichbaren Arbeiterkategorien angepaßt werden. Wenn für Königsempfänger, Renovierung von Ministerwohnungen usw. Gelder vorhanden sind, müsse auch für die miserabel bezahlten Reichs- und Staatsarbeiter Geld übrig sein.

Die Diskussion, die überaus sachlich war und an der sich auch die Vertreter der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsfraktion Hildenbrand, Simon und Frau Wohlgemuth beteiligten, war eine einzige Anklage gegen die Lohnpolitik, die in den letzten Jahren in den Reichs- und Staatsbetrieben getrieben worden ist. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der der Verbandsvorstand beauftragt wird, nochmals auf die Regierungen im Sinne der aufgestellten Forderungen einzumirken und gegebenenfalls mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Widerstand der Regierungen zu brechen.

## Röln Metallindustrie bieten an. Zweijährige „Lohnstabilisierung“.

Röln, 19. Februar.

Nach Aussprache mit den Gewerkschaften über die Wirtschaftslage hat der Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Röln und Umgebung den Gewerkschaften die Lohnvereinbarung zum 31. März 1929 gekündigt, um bald zu einer neuen langfristigen Abmachung zu gelangen. Der Verband schlägt die unveränderte Fortsetzung der alten Lohnvereinbarung auf die Dauer von zwei Jahren mit veränderten Kündigungsfristen vor.

### Christliche Binnen-schiffer.

In Koblenz haben die Christlichen die Gründung einer auf christlich-nationalem Boden schwimmenden Gewerkschaft der Binnenschiffer beschlossen. Der neue „Berufsverband der Binnenschiffer“, der die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange der in der Binnenschiffahrt beschäftigten Personen wahren soll, ist dem Zentralverband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter angeschlossen.

## Bergarbeiter und Regierung in England.

London, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien hat vom Ministerpräsidenten einen Brief erhalten, in dem sich Baldwin bereit erklärt, mit den Vertretern der organisierten Bergarbeiter am 3. März die wahrhaft tragische Situation im britischen Bergbau zu erörtern. Der Vorstand des Verbandes hat ausführlich eine Darstellung über die Lage der Arbeitslosen, sowie der Härten in der Praxis der gegenwärtigen Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet, die dem Ministerpräsidenten bei dieser Gelegenheit unterbreitet werden wird.

### Wettstreitabend der Gewerkschaftsjugend.

Die Berliner freie Gewerkschaftsjugend veranstaltete am Sonntag im Verbandshaus der Metallarbeiter einen Wettstreitabend ihrer Bauspielgruppen, der einen interessanten Einblick gewährte in das Treiben der jungen Gewerkschaftsgenossen. Der Abend zeigte, wie scharsichtige Beobachter diese Jungen und Mädchen sind; denn was sie auf den Brettern darboten, waren zumeist naturgetreue Kopien ihrer täglichen Erlebnisse und des Arbeiterlebens überhaupt. Die Spiele waren keiner Traum- oder Romantik entliehen, sondern dem Leben solcher arbeitenden Menschen entnommen, die den eisernen Willen haben, die kapitalistischen Fesseln zu sprengen.

In einer urwüchsigen Art, wie sie eben nur der Jugend eigen ist, beleuchteten die Gelegenheitschauspieler die sogenannten schwachen Seiten ihrer Weggenossen und Förderer, die, selbst im Parkett stehend, über ihre Spiegelbilder weidlich lachten und bestimmt im Stillen den Beschluß gefaßt haben, sich zu „bessern“. Die Jungen und Mädchen waren genau so begeistert bei ihrem Spiel wie Schauspieler, die sich täglich auf den Brettern produzieren. Sie ernteten für ihre Darstellungen reichen Beifall. Wenn es auch im letzten Spiel einige Störungen gab, muß man doch anerkennen, daß im allgemeinen der Abend durchaus gelungen ist und auch die erwachsenen Zuhörer voll auf befriedigt hat.

Der Lohnsatz für die Kartonnagenindustrie ist nicht — wie in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ verlesenlich angegeben — um vier Monate, sondern nur um vier Wochen verlängert.

**Betriebsratien Reichsamt Charlottenburg** Donnerstag, 20. Feb. im Abendklub Charlottenburg, Rajon-Friedrich-Str. 34, wichtige Besprechung aller Ortsratien, Tagesordnung: 1. Streikfrage durch die Kommunalpolitik Berlins. Referent: Genosse Wittenberger, 2. Geschichtliches, 3. Höhe Witten eingeleitet werden. Der Reichsamtverstand.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Mittw. 19.15 Uhr, legen die Gruppen: Baumfällschulweg: Gruppenheim, Jugendheim, Baumfällschulweg, Ernststr. 16, Lichtbildvortrag: „Das rote Wien“ — Zentrum: Gruppenheim, Jugendheim, Jahnstr. 34 — 35, Bestplatzelab. — Weissenhof: Gruppenheim Weissenhof, Jahnstr. 36, Jahn-Kinder-Referat. — Köpenick: Gruppenheim Köpenick, Köpenicker-Str. 11 (Gabelgebäude), Runderbauern. — Neukölln: Gruppenheim, Jugendheim, Köpenicker-Str. 29 (Hof), Lichtbildvortrag: „Sozialistischer Aufbau“. — Köpenick: Gruppenheim Köpenick, Köpenicker-Str. 29 (Hof), Lichtbildvortrag: „Sozialistischer Aufbau“. — Köpenick: Gruppenheim Köpenick, Köpenicker-Str. 29 (Hof), Lichtbildvortrag: „Sozialistischer Aufbau“.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Ansoeffellen

Deuts. Mittw. 19.15 Uhr, legen folgende Betandhaltungen statt: — Gesundbrunnen: Jugendheim Schönebergstr. 1 (Vedigenheim), Vortrag: „Was ist Wirtschaftsdemokratie?“ Referent: Otto Lamm. — Oren: Zentralkomitee der Schule Plauer Str. 18, Vortrag: „Die Entstehung des Reichens“. — Stralau: Jugendheim der Schule Köpenicker-Str. 11, Ausprobieren über „Mikton und Alkohol“. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker-Str. 1-4, Vortrag: „Das Berufsabschlussgesetz“, Referent: Ludwig Dierich. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker-Str. 1-4, Vortrag: „Das Berufsabschlussgesetz“, Referent: Ludwig Dierich. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker-Str. 1-4, Vortrag: „Das Berufsabschlussgesetz“, Referent: Ludwig Dierich. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker-Str. 1-4, Vortrag: „Das Berufsabschlussgesetz“, Referent: Ludwig Dierich.“

Verantwortlich: Dr. Volpert, Dr. Carl Gross; Schriftf. G. Ringelstein; Geschäftsleitung: G. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlotzki; Druck: und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Gode, sämtlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin; E-M. 28, Lindenstraße 2; hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

## Keine 5 Minuten zögern



wenn eine Erkältung im Anzuge ist. Sofort Formamint gebrauchen! — Sie schützen sich damit zuverlässig gegen Übertragung von Krankheitskeimen, darunter die Erreger von Halsentzündungen (Angina), Grippe, Influenza usw. Wählen Sie nichts anderes — nur Formamint, das erfolgreiche, von den Aerzten vieltausendfach empfohlene Schutz- und Desinfektionsmittel für Mund und Rachen.

**Formamint** Glas mit 50 Tabletten M. 1,75 in jeder Apotheke u. Drogerie.

Motto: „Gute Zigaretten sind selten und sind nicht zu haben.“

# Gildenhof

## Die Zigarette der Zigaretten

Haus Bergmann-Zigarettenfabrik A.G. Dresden-N 15 Industriegelände



# Verfagen des Kohlenhandels.

## Die kommunale Brennstoffgesellschaft beliefert die Unterstützungsempfänger.

Wie aus den Nachrichten der letzten Tage ersichtlich, hat sich in der Mijere der Kohlenknappheit die Berliner Brennstoffgesellschaft sehr gut behauptet. Sie hatte sich nämlich vorsorglich so weit mit Kohlen eingelagert, daß sie nicht nur ihre bisherigen Abnehmer voll beliefern konnte, sondern darüber hinaus private Betriebe der Wohlfahrt und des Gesundheitswesens und auch private Kleinabnehmer, die sonst bei anderen Händlern zu kaufen gezwungen waren.

In langen Schlangen stehen die Käufer, die der Privathandel nicht zu versorgen vermochte, auf den Kohlenplätzen der städtischen Gesellschaft. Die Berliner Brennstoffgesellschaft hat auch in den letzten Tagen ohne Rücksicht auf die entstehenden Mehrkosten alle für sie eingehenden Kohlenlieferungen regelmäßig von den Bahnhöfen abgeholt, während der private Kohlenhandel hier gerade in den letzten kritischen Tagen außerordentlich verlagert hat. Wie wir bereits meldeten, hat sich die Zahl der noch nicht entladenen Kohlenwagen auf über 2000 gesteigert.

Die städtische Gesellschaft hat weiterhin die 60 000 Zentner Preßkohlen aus Königsmusterhausen für Berlin verfügbar gemacht und hierbei so schnell gearbeitet, daß schon heute mit den ersten Preßkohlenlieferungen von dort aus begonnen werden konnte. Es muß also offen gesagt werden, daß der städtische Betrieb der einzige gewesen ist, der die öffentlichen Interessen ohne Rücksicht auf die Verdienstinteressen in den Tagen besonderer Kohlennot vertreten hat.

Das Verfagen des privaten Kohlenhandels sowohl bei der vorsorglichen Eindeutung wie bei der jetzt etwas verzögerten Abfuhr der eingelagerten Kohlenmengen von den Bahnhöfen legt daher den Gedanken nahe, die städtische Brennstoffgesellschaft nunmehr weiter auszugestalten. Ursprünglich war die Brennstoffgesellschaft nur für die Belieferung der städtischen Dienstgebäude geschaffen worden. Sie hat dann aus wirtschaftlichen Gründen, um den Verkehr im Sommer nach Möglichkeit zu vermeiden, daneben in einem sehr beschränkten Umfang mit Zustimmung der städtischen Körperschaften auch Kohlenlieferungen an andere Behörden und Private ausgegeben. Nunmehr dürfte es an der Zeit sein, die Zahl der Ausgabestellen zu vermindern und die Belieferung an Private weiter auszubauen. Diejenigen Kreise, die die städtische Gesellschaft immer als Konkurrenz

der Privatbetriebe beschimpft haben, werden jetzt schweigen müssen, wenn es feststeht, daß der private Kohlenhandel in einer besonders kritischen Zeit verlagert hat, und, wie zu befürchten ist, bei der notwendigen schnellen Abfuhr der Kohle von den Bahnhöfen weiter verfallen wird.

Die Tatsache läßt sich nicht leugnen, daß ein Teil des Privathandels seine bisherige Rumpfschaft nicht mehr zu beliefern in der Lage ist. Ganz besonders trifft das, wie gestern mitgeteilt, die Unterstützungsempfänger, die mit Kohlenzulagen von den Wohlfahrtsämtern versehen wurden. Der größte Teil dieser Zulagenbesitzer sucht seine letzte Zuflucht bei der Berliner Brennstoffgesellschaft. Bisher hat dieses städtische Unternehmen es auch ermöglicht, neben ihrem bisherigen Anteil von rund 10 Prozent der Gesamtlieferung an Wohlfahrtsunterstützte die neu hinzugekommenen Zulagenbesitzer mitzubeliefern. Es ist also auch hier die Tatsache zu verzeichnen, daß die Berliner Brennstoffgesellschaft sich nach Kräften bemüht, diese neuen Kunden mit Brennstoff zu beliefern und daß das Schicksal „ausverkauft“ sich nur auf die Privatkohlenhändler beziehen kann.

### Berlins Kohlen liegen auf den Bahnhöfen.

Durch die Zusammenarbeit der Zechen und der Reichsbahnverwaltung ist es gelungen, die Kohlenanfuhr nach Berlin erheblich zu steigern. Im Dienstag waren auf den Berliner Bahnhöfen 603 Waggons Steinkohle, 787 Waggons mit Koks und 602 Waggons mit Braunkohle an die Ladestellen gebracht worden. Im Laufe des Tages trafen dann noch über 1000 Waggons, von denen über 300 mit Braunkohle beladen waren, ein. Trotz alledem war es im Kohlenhandel nicht möglich, auch nur einen Teil dieser Kohlenmengen abzuführen.

So daß jetzt bereits 971 Waggons Korbkohle für die in den Nächten liegenden zu erwartenden Jäger erheblich behindert.

Falls die Entladungsvorbereitungen nicht bald energischer durchgeführt werden, dürfte die Reichsbahn besondere Maßnahmen zur Behebung dieser Unannehmlichkeiten ergreifen. Durch die Stauungsdiensten, die sich von Tag zu Tag beträchtlich erhöhen, wird außerdem der Konsumant in übermäßiger Weise belästigt.

heute noch die Klosetts und das Treppenhaus. Bei einer Hauspartei ließ die Lande sogar den Wohnungssturz entfangen, so daß die Leute Bretter legen mußten. In der Portierwohnung mußte ein Zimmer geräumt werden. In den Wohnungen herrscht ein so furchtbarer Gestank, daß es einem beim Eintritt den Atem verschlägt. Seit drei Wochen müssen die Hausbewohner für Geld außer Hause die Toiletten benutzen und die Bewohner des dritten Hofes werfen — ein solches Verfahren — den Kot einfach zum Fenster hinaus; ein lieblich duftender Komposthaufen schmückt hier die Szenerie. Seit drei Wochen ist außerdem die Wasserleitung im ganzen Hause gesperrt und die Leute müssen sich ihr Wasser vorne vom Schlächter oder vom Straßenbrunnen holen. Und wie verhalten sich die zuständigen Stellen? Der Verwalter verweist die Parteien an den Klempner, und dieser, der für die Hausreparaturen Pauschale erhält, weigert sich, diese Arbeit zu leisten. Die Baupolizei verweist die Mieter auf den Beschwerdeweg und das Gesundheitsamt rät zur gerichtlichen Klage. So vergeht Tag um Tag, unzählige Schreibereien, Laufen, Telefonate werden versucht, um Abstellung dieses geradezu unmenschenlichen Zustandes zu erwirken; alles umsonst. Was geschieht hier?

In einem ähnlichen Falle soll die Baupolizei Preussener Bergwerksverwaltung auf ihre Aufforderung hin den Schaden nicht behoben hätte, die Angelegenheit auf kurzem Wege selbst erledigt haben. Warum kann hier nicht ebenso vorgegangen werden? Es ist ein schändlicher Zustand und alle, die hier ihre Gesundheit zu Markte tragen, haben schließlich das Recht, menschenwürdige Wohnverhältnisse zu beanspruchen.

### Sind es die Bankräuber?

#### Eine Phantasiemeldung.

Ein Spätabendblatt brachte gestern in sensationeller Aufmachung die Nachricht von der Aufführung des vermeintlichen Bankräubers am Willenbergplatz. Wie uns hierzu von dem Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Scholz mitgeteilt wird, handelt es sich hierbei um eine Phantasiemeldung, die auf unzutreffenden Kombinationen beruht.

In der vorerwähnten Meldung heißt es u. a., daß in der Wohnung der unter dem Verdacht, an dem Bankraub beteiligt zu sein, verhafteten drei Brüder Sach Mauerattrappen gefunden wurden, die der Band des Heißhellers in der Meißelstraße täuschend ähnlich seien. Hieran ist kein wahres Wort. Bisher konnten die Verhafteten, die allesamt auf dem Korbholz haben müssen, nichts Positives nachgewiesen werden. Allerdings ist in der Wohnung der Verhafteten ein anderer Hund gemacht worden. Bei einer Hausdurchsuchung stießen die Polizeibeamten auf Spezialwerkzeuge, wie sie zur Herstellung von Attrappen Verwendung finden. Ueber die Herkunft und den Zweck dieser Werkzeuge machen die drei Brüder sehr widersprechende Angaben. In den Werkzeugen wurden nach Gipsspuren entdeckt. Durch einen Chemiker soll nun festgestellt werden, ob die Gipsmasse von derselben Zusammensetzung ist, wie der Gipsaufstrich an den Attrappen, die seinerzeit im Keller der Kleinststraße gefunden und beschlagnahmt wurden.

Einer der wichtigsten Stützpunkte für die Unterjuchung der Kriminalpolizei ist nach wie vor das Interat „Suche Unterstellraum für einen...“, dessen Zweck auch heute noch nicht aufgeklärt ist. Es haben sich zwar schon verschiedene Personen gemeldet, doch handelt es sich bei ihnen sämtlich um harmlose Vermietungen. Es ergeht darum nochmals die Bitte an alle, die zur Aufführung irgendwie beitragen können, sich sobald als möglich bei den Kommissaren Japs-Quoß im Zimmer 89 des Polizeipräsidiums zu melden. Verschiedene Punkte sind von Bedeutung: Wer hat das Motorrad I. A. 36 984 in den Abend- und Nachstunden gesehen und wo? Wer hat mit zwei jungen Leuten wegen eines Unterstellraumes verhandelt?

### Die Wärmestuben.

#### Ein Schurkenstreich im Bezirk Lichtenberg.

Wegen der anhaltenden kalten Witterung hat das Bezirksamt Pritz auf dem städtischen Grundstücke, Adlerstr. 3 — ehemalige Strohhofbahn —, eine neue Wärmehalle eingerichtet. Die Benutzung ist täglich, auch Sonntags, von 7—17 Uhr. Die Wärmestuben für die minderbemittelten, alten Personen Lichtenbergs sind ab 15. Februar von 10—20 Uhr geöffnet. Zutritt ist nur mit Ausweis gestattet.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben unkontrollierte Elemente einen Einbruch in das Tagesheim für alte Leute, Böttgerstr. 18, verübt, das erst vor einem Vierteljahr eingerichtet worden ist und allen Seiten tagesüber einen warmen Aufenthaltsumraum bietet, und wo die alten Leute einige warme Speisen und Getränke erhalten. Zur Unterhaltung der alten, armen, elenden Leute ist eine Radiostation zur Verfügung gestellt worden. Diese Radiostation hat man neben 5 Tischlampen entwendet.

Die Diabe schrecken also nicht davor zurück, den Kernsten der Armen das zu nehmen, was ihnen noch als wenig Freude in ihrem heutigen harten Dasein bleibt.

### Berliner Wohnkultur!

#### Wohnung oder Jauchegrube?

Man hat wohl schon viele altersschwache oder sonstige reparaturbedürftige Wohnstätten gesehen, und man weiß genau, daß die Hauswirte es mit den Ausbesserungsarbeiten nicht allzu eilig haben. Was aber die Holzwohnungen des Hauses Lichtenbergstr. 130 für ein Bild der Verwüstung und fürchterlicher Verschmutzung bieten, das spaltet einfach jeder Beschreibung.

Seit drei Wochen ist die Abfuhrleistung verstopft, seit drei Wochen steht der Kot in den Klosetts, ja noch mehr: als die Bewohner zu Anfang immer noch die Toiletten benutzten, ließ der Inhalt über, ergoß sich über den ganzen Kofetraum, das Treppenhaus hinunter, und der ganze Dreck, tatol verrotzt, bedeckt

### 10. Feder-Calm.

Dem alten Beamten, der bei allen Bauern im anhaltischen Harz, von der Haselstraße um Lindenberg und Eiptenfelde bis hinunter nach Suderode und Nieder, für die herzogliche Kammer die Steuern einzutreiben hatte, wurde seine Arbeit in diesem kalten und merkwürdig stürmischen Spätwinter nicht leicht. Nicht, daß ihm das Reiten schon beschwerlich gefallen wäre, oder daß der Sturm ihm den bergemöhten Atem genommen hätte, oder daß der hohe Schnee ihn allzu langsam hätte fortkommen lassen — all das kannte er seit Jahrzehnten. Aber die Bauern, die Bauern! Sie hatten nie gern Steuern gezahlt. Er war es gewöhnt, daß sie mürrisch waren, wenn er in die Höfe kam, daß erst nach längerem Verweilen ihre schwerfällige Herzlichkeit sich mühsam Bahn brach. Das war Jahr für Jahr so gewesen. Aber heuer — heuer gaben sie ihm nie, was er veranschlagte, sie gaben ihm eine Binzigkeit, zuweilen gaben sie gar nichts, und wenn er mit Strafen drohte, so fruchtete es nichts. Es war ihm klar, daß sie aufgebracht wurden. Das lag so in der Zeit. Aber er wußte nicht, durch wen.

Zum Hof des alten Raitath in Wolmerichwende ritt er heute — etwas leichteren Herzens. Raitath war ein weicher und williger Mensch. Heute nachmittag noch hatte er ihn auf der Landstraße getroffen, und der Alte hatte ihm vorgeschlagen, am Abend die Abrechnung vorzunehmen. Eine warme Besper würde ihn erwarten, das wußte er.

Auf der kleinen Anhöhe vor dem Dorfe hielt er erstarrt inne — im Dämmern sah er, wie ein Wagen Raitaths Hof verließ. Zwei Gestalten saßen in der Schoßkelle, in der einen glaubte er eine Frau zu erkennen. Der Wagen fuhr nach der anderen Richtung davon; im Näherreihen sah der Beamte, daß der alte Raitath und sein Sohn im Tor stehen geblieben waren und dem Gefährt nachsahen. Es konnte sich nur um einen Verber handeln, der Felle gekauft hatte, und Felle waren knapp in diesem Jahr und wurden hoch bezahlt; um so angenehmer würde heute die Berechnung sein. Aber als er nahe heran war, sah er, daß die groben Gesichtszüge nicht befriedigt grinsten, sondern verbissen und wütend waren. Sie beachteten ihn erst, als er sie anrief, und gingen schweigend mit ihm in die Stube.

Man räumte gerade den Tisch ab. An der Art des Zingelchirms sah er, daß für einen Gast gedeckt gewesen war. Niemand bot ihm etwas an. Die alte Frau Raitath sah bereits wieder, wie sie es seit Jahren tat, am Herde und las in der Bibel, die beiden Mädchen und die Frau des Sohnes spannen, keiner bekümmerte sich um ihn nach dem

kurzen Gruß; er ließ sich auf den Stuhl fallen, den ihm der Alte hingeschoben hatte, und zog seine Papiere hervor.

Aber während er noch mit der Feder suchend über die Spalten fuhr, lag plötzlich des Alten wie ein Ader gefurchte, wie ein Ader braune Hand neben den Papieren auf dem Tisch. „Mir jäwen nicht“, sagte Raitaths brüchige Stimme laut.

Der Beamte sah lächelnd auf. „Nun, Herr Raitath, wir werden schon einig werden.“ Er lud den Alten durch eine Handbewegung ein, sich neben ihn zu setzen.

„Ich kann noch stehen, Herr Inspektor. Soweit is es noch nicht, wenn mer sich so bald zu Tode schuffen muß for Gure Steuern. — De Aeder han nich letran in dan Sommer.“

„Mir han nämlich drei Jahre lang nich jesät“, sagte sehr höflich der junge Bauer.

Der Beamte lächelte noch immer. „Weshalb denn nicht?“

Der Spott kitzelte in der jungen Stimme. „Mir wolln so wa probiern, wie das is, wenn mer Jahre lang bloß immer erntet un nie nich sät.“ Die Mädchen lachten auf. Der Beamte hielt es für geraten einzustimmen.

„Also“, sagte er dann lachlich, „Sie haben zwanzig Hufen Land —“

„De Hälfte davon is Weideland“, knurrte der Alte. „weil mer doch uff de harzschlichen Wiesen nich mehr dürfen weiden, vor wäjen de Fichtenkultur. Der Herr von Noß hats eich so nettlich vorjerechnet in'n Landtag. — Mir kenn'n nicht jäwe. Sähn Se sich doch ane, wie wir jäwen müssen dahier, mit nicht!“ Er zeigte durch die ärmliche Stube.

„Soso! Und da laden Sie mich selbst ein, zur Abrechnung zu kommen?“

„Kawer ich hamwe mich das nu inzwischen annerlich imwertigt.“

„So. Sie haben sich das anders überlegt?“

„Kaiterlich. Wör sonst?“ sagte der Junge an Stelle des Alten. „Mir han jar keen Feld nich im Hause. Kann uns der Herrzog nich was pumpen?“

„Där arme Herrzog! Där hat doch so nicht, sonst mühten wir'n doch nich ernähren!“ höhnte eine der Mägde.

„Sie haben doch eben Felle verkauft?“

Die beiden Bauern sahen sich an. „Ne. Mir kenn'n nicht bezahln“, wiederholte der Alte störrisch.

„An mir wolln doch nicht“, fuhr ihm der Sohn ins Wort. Der Beamte pfiff leise durch die Zähne. „Wer war denn der Gerber, he? Meyer aus Ballenstedt, was?“

(Fortsetzung folgt.)

# Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Maslar

Sie legte beide Hände fest um sein Gesicht. „Und was wird der Kanzler tun?“

Er sah sie an, Trunkenheit begann wieder seine Augen zu trüben. „Er wird vor den Landtag treten und erklären, daß die ohne sein Einverständnis erfolgte Abreise des Herzogs ihm eine zu große Verantwortung auferlegt, die er nicht glaubt allein tragen zu können. Daß er also dem Landtag vorzuschlagen müsse, einen Regenten zu bestimmen. Und er wird den Klatschweibern da beweisen, daß nur einer in Frage kommt.“

„Wer?“ Sie wußte die Antwort. Aber sie wollte sie hören.

„Ihre Durchlaucht die Herzogin Friederike.“

Sie atmete tief, stöhnend auf. Mit weiter, wortloser Gebärde wies ihre Rechte über das Land zu ihren Füßen. Sie nahm Besitz.

Dann küßte sie ihn mit langem, wildem, zitterndem Kuß. „Das gehört nun uns“, flüsterte sie und blühte wieder in den Vorfrühling draußen.

Sein ganzer Körper war ein heißes, schlagendes Fluten. Es überwältigte ihn. Er riß sie herb an sich.

Sie machte sich los, nestelte einen Schlüssel von der Brust. „Nicht hier — durch den Schwibbogen.“

Legte Besinnung vermochte seinen Rippen gestammelte Worte zu entreißen. „Nicht jetzt — der Landtag.“

Ihre Hand glitt seine Brust hinauf und hinab. „Regiert der Kanzler — oder der Landtag.“

Er schwieg. Die Kälte des Schlüssels brannte in seiner Hand.

Sie ging rasch zur Tür, wandte sich um, breitete die Arme, befahl, jubelte: „Jetzt!“

Seine Hände waren blasse Häute. Er ließ den Kopf auf die Brust fallen. Auch seine Rippen wollten jubeln. Es wurde ein geatmetes Stöhnen:

„Ja!“



## Wohnungsbauten im Südosten Berlins

Im Verwaltungsbezirk Treptow sollen aus dem umfangreichen Grundbesitz der Stadt Berlin wieder Ländereien der Bebauung erschlossen und zu diesem Zweck verkauft werden.

Neben dem Winterwald will die Gemeinnützige Heimstätten-Aktiengesellschaft (Behag) zehn Baublocke in einer Gesamtgröße von 85 775 Quadratmeter (über 34 Morgen) kaufen. 62 045 Quadratmeter davon liegen an der Neuen Krugallee und der Köpenicker Landstraße, gehören zu Bauklasse 3 und sollen für 16 M. je Quadratmeter, also zu einem Kaufpreis von 992 720 M. abgegeben werden. Die übrigen 23 730 Quadratmeter liegen am Dammweg und an der Eichbuschallee, gehören zu Bauklasse 1 und sollen je Quadratmeter 8 M. kosten, so daß der Kaufpreis sich auf 189 840 M. stellt. In dem Ortsbezirk Oberschöneweide, der ein Teil des Verwaltungsbezirks Treptow ist, will die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten (Gagfab) 37 855 Quadratmeter Bauland (über 15 Morgen) erwerben. Für 30 455 Quadratmeter, die an der Bismarck- und Goethestraße liegen und zu Bauklasse 4 gehören, fordert der Magistrat 578 645 M., je Quadratmeter 19 M. Für den Rest, 7400 Quadratmeter an der Wuhlsheide, zu Bauklasse 2 gehörend, wären je Quadratmeter nur 7 M., im ganzen 51 800 M. zu zahlen. Behag und Gagfab dürfen das ihnen überlassene Bauland nur mit Wohnungen bebauen, müssen spätestens innerhalb vier zum Bauen geeigneter Monate nach der Auktion mit dem Bau beginnen und die Bauten innerhalb weiterer 18 Monate fertigstellen. Auch die Aktiengesellschaft Omnibus-Aktiengesellschaft, die jetzt mit den anderen Verkehrsunternehmen der Stadt in der Berliner Verkehrsbehörde verschmolzen ist, will im Bezirk Treptow bauen. Sie beantragt zu den von ihr geplanten Wohnungsbauten aus dem städtischen Grundbesitz 39 455 Quadratmeter Bauland (gleich 16 Morgen), das sie mit 504 500 M. bezahlen soll. Der an der Köpenicker Landstraße liegende Teil gehört zu Bauklasse 3 und kostet 16 M. je Quadratmeter. Der andere Teil liegt am Dammweg und gehört zu Bauklasse 1, so daß nur 8 M. je Quadratmeter gefordert werden. Die Vereinbarungen über Baubeginn, Bauzeitstellung usw. sind für die Abgabe derselben wie für die Behag und für die Gagfab. Diesen Verkaufsplänen haben die Bezirkskörperschaften des Bezirks Treptow bereits zugestimmt. Der Magistrat ersucht jetzt auch die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung.

## Der abgelehnte Vorsitzende.

Die Strafkammer berät.

Wir berichteten vor einigen Tagen ausführlich über die Ablehnung des Gerichtsvorstehenden Amtsgerichtsrat Rehner. Sie wurde von den Vertretern der Nebenkläger Ministerialdirektor Dr. Falsch und Polizeidirektor Rane eingereicht, weil der Vorsitzende die beiden Herren, da sie zugleich als Zeugen geladen seien, zum Betreten des Saales aufforderte. Die Angelegenheit erregte dadurch besonderes Aufsehen, daß der Staatsanwalt die bei dem Nebenkläger bestehende Befugnis der Befangenheit des Richters für berechtigt hielt.

Die Sache beschäftigt jetzt die 4. Große Strafkammer des Landgerichts I. Gestern sind nun die Akten des in Frage stehenden Prozesses gegen den Dentisten Max Schneider aus Neudamm wegen Vergehens gegen das Republiksgewalt von der 2. Schöffengerichtsabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte der zuständigen Strafkammer zugewiesen worden, die sofort gestern unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Höer zur Beratung zusammentrat. Da dem Gericht lediglich die von den Rechtsbeiständen der Nebenkläger zu Protokoll gegebenen Erklärungen für ihre Ablehnungsanträge sowie die Presseberichte über die Vorgänge in der Verhandlung vorlagen, so wurde beschlossen, von dem abgelehnten Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Rehner, eine dienstliche Zeuherklärung einzuverordnen. Erst nach Eingang dieser schriftlichen Erklärung wird die Stellungnahme der Strafkammer erfolgen, ob die Ablehnung des Richters wegen Befangenheit der Befangenheit berechtigt ist.

Der Dentist Otto Schneider in Neudamm, Bergstraße 32, legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem Angeklagten Schneider nicht identisch sei.

## Ein Winterfonnenwunder.

Ein Leser unseres Blattes teilt uns folgendes mit: Gestern nachmittag 14 Uhr beobachtete ich folgende Himmelercheinung: Die Sonne war von einem ringförmigen Regenbogen umgeben, rechts und links befanden sich in diesem Regenbogen in horizontaler Linie zwei Nebenfonnen. Die Erscheinung war längere Zeit sichtbar.

Dieser Vorgang ist auch von der „Amtlichen Wetterdienststelle“ in allen Phasen genau beobachtet worden. Wie mitgeteilt wird, handelt es sich hierbei, nach einem astronomischen Ausbruch, um einen „Halo“ (Hof). Es ist eine optische Erscheinung, die auf eine Brechung und Reflexion von Sonnenlicht an kleinen Eiskristallen beruht, die heute nachmittag in außerordentlich großer Zahl in der Luft vorhanden waren. Um 3 Uhr nachmittags trat das Farbenpiel am Himmel besonders gut in Erscheinung und verschwand erst bei einem außerordentlichen Tiefstand der Sonne.

## Neuer Verkehrsweg nach Bezirk Treptow.

Die Reichsberger Straße endet im Südosten am Sandmehranal und läuft sich hier bei. Auf Anregung des Bezirksamts Treptow soll jetzt im Zuge der Reichsberger Straße der Sandmehranal überbrückt werden, damit zur Kiefernstraße (Treptow) eine bessere Verbindung nach Stadtinnern her gewonnen wird. Einen Entwurf zu dem Brückenbau hat das Bezirksamt des Bezirks Kreuzberg aufgestellt, zu dessen Gebiet dieser Teil des Sandmehranals gehört. Die Brücke soll eine Breite von 36 Meter erhalten, wovon der Fahrdamm mit 15 Meter und die Bürgersteige mit je 5 1/2 Meter beteiligt sind. Das Bezirksamt Kreuzberg hat den Entwurf bereits genehmigt, und das Projekt wird jetzt der Bezirksversammlung vorgelegt.

Spielplanänderung. Im Städtischen Schiller-Theater wird heute, Mittwoch, an Stelle von „Robespierre“ Gemälde „Befehl“ gegeben. Anfang 10 Uhr.

## Aufspringen der Hände

und des Gesichts, Hämorrhoiden, sowie alle und jede der Haut werden durch die wunderbare Wirkung der reinen Creme Loodar, gleichmäßig verteilt, die besten kosmetischen Produkte. Jede 60 M. und 1 M. erhältlich in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien, sowie bei den Herren Dr. H. S. Dresde-R. 4

# Die neueste Gaskatastrophe.

### Zwei schwere Explosionen der Ferngasleitung in Solingen.

Gestern nachmittag gegen 1/3 Uhr ereigneten sich kurz nacheinander auf der Hauptstraße der Innenstadt in Solingen zwei Explosionen der Ferngasleitung. Die Straße wurde meterweise aufgerissen; durch herumfliegende Explosionsmassen wurden die Schaufenster der anliegenden Geschäftshäuser vollständig zertrümmert. Die Straßen sind dicht mit Glassplittern bedeckt. Da die Explosionen zur Zeit des lebhaftesten Verkehrs erfolgten, sind leider auch mehrere Schwerverletzte zu beklagen, die sofort in ärztliche Behandlung gebracht wurden.

## Die Berliner Gasbehälterexplosion.

Ein Sachmann äußert sich über die vermeintliche Ursache der Explosion folgendermaßen.

Es hat eine leichte Explosion, eine Berpuffung, augenscheinlich in dem Raum zwischen dem Behälter und der Außenwand stattgefunden, durch die diese und die Wäver, die nach der Straße zu geht, eingedrückt wurden. Es ist sicher, daß irgendwo Gasentweichungen vorgekommen sind; wo sich die undichte Stelle befand, ist jedoch nicht bekannt. Der Gasbehälter selbst ist nicht in die Luft geflogen, sondern liegt im Bassin. Die Vermutung geht dahin, daß der Gasbehälter, der im ganzen 36 000 Kubikmeter faßt, gerade im Frühen begriffen war, wobei bei 23 000 Kubik-

metern die obere Glocke einhängt. Als der Behälter mit 27 000 Kubikmetern angefüllt war, hat sich das Unglück ereignet. Durch das Ausströmen des Gases muß die Glocke ziemlich schnell wieder heruntergefallen sein, wodurch infolge Reibung ein Funke entstanden sein dürfte, der die Entzündung des im Ringraum vorhandenen Gasluftgemisches herbeigeführt hat. Man nimmt auch an, daß sich an der Glocke Eis gebildet hatte und daß dadurch eine Klemmung entstanden ist, die wiederum die starke Reibung zur Folge hatte. Die Glocke wird untersucht werden.

Im letzten Vierteljahrhundert haben sich drei größere Gasunfälle ereignet. Auch in aller Erinnerung ist das große Unglück in Pittsburg in Amerika, das sich im Jahre 1927 ereignete und bei dem drei Behälter abgebrannt sind. Ein Jahr nach dem Kriege ereignete sich eine Gasexplosion auch in Hamburg, kurz vor dem Kriege eine in Stuttgart. Bei dieser Explosion hatte sich auf dem Dichtungswasser Öl abgesetzt, welches Feuer fing.

## Eine Anfrage im Rathaus.

In der Stadtverordnetenversammlung wird die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat folgende Anfrage richten:

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Bevölkerung und die Werkbeschäftigten vor ähnlichen Explosionskatastrophen wie die in der Bergstraße zu schützen?“

## Die Psychologie des Anfalls.

Im Rahmen der von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure im Verein Deutscher Ingenieure veranstalteten Vortragsreihe „Der Mensch im Fabrikbetrieb“ sprach in der Technischen Hochschule Charlottenburg Dr. Hildebrandt-Bochum über „Anfallspsychologie“.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß zahlreiche Unfälle durch persönliches Versagen des Menschen selbst veranlaßt sind, hat man schon seit längerer Zeit in den Dienst der praktischen Unfallbekämpfung eine sogenannte psychologische Unfallverhütung propaganda gestellt. Durch Bilder, Vorträge, Filmvorführungen, Prämienscheine wird versucht, eine planmäßige und umfassende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit an der Allgemeinheit zu leisten und durch Hinweis auf typische Gefahrenquellen die Zahl der Unfälle herabzusetzen. So bedeutsam diese Bestrebungen dieser Art sind, und so sehr sie weitestgehende Förderung verdienen, so sind sie doch nicht in der Lage, die zahlreichen Möglichkeiten solcher Unfälle auszuschalten, die — nach den Ergebnissen der näheren psychologischen Analyse — als Folgen zentraler physiologischer und psychologischer Vorgänge und Zustände entstehen, in ihrem Ursprung nur schwer zu erkennen, in ihrem Einfluß auf das menschliche Handeln zeitlich nicht vorauszurechnen und wahrscheinlich nie zu regulieren sind. Das stärkere oder schwächere Vorhandensein bestimmter Eigenschaften, wie Reaktionsgeschwindigkeit und Beweglichkeit, kann in bestimmten Bezügen, die solche Eigenschaften gerade verlangen, wohl im Hinblick auf Unfallursachen eine Rolle spielen, wird aber im allgemeinen bei den normalen Anforderungen des täglichen Lebens bedeutungslos bleiben. Man beginnt heute bereits, die Erkenntnisse auf dem Gebiet der Anfallspsychologie der praktischen Unfallverhütung nutzbar zu machen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß in wenigen Jahren diese neuen Methoden der Unfallbekämpfung zu größerer Bedeutung gelangen.

## Die Steuermarken des Fleischermeisters.

In Burg bei Magdeburg wurden, wie mitgeteilt, bei dem Fleischermeister Schmiel für 1450 M. Einkommensteuermarken gefunden und beschlagnahmt. Weil man mit der Möglichkeit rechnete, daß die Wertzeichen aus dem großen Einbruch in das Berliner Postamt B 8 stammen könnten, so begab sich am Dienstag ein Berliner Kriminalkommissar nach Burg, um die Marken zu beschlagnahmen. Es stellte sich dabei heraus, daß Marken dieser Art bei dem Berliner Einbruch nicht entwendet worden sind, daß also die Borräte des Schmiel nicht damit im Zusammenhang stehen können. Da aber vielleicht der Fleischer nicht auf rechtlichen Wege zu den Wertzeichen gekommen ist, sie vielmehr wohl aus Einbrüchen in jener Gegend stammen, so sind Schmiel und sein Buchhalter Langner in Haft behalten worden.

„Plaza“ im Ostbahnhof. In der zweiten Hälfte des Eröffnungsmontats präsentiert sich der famose Groteskautor Peter Biet, der zur Abwechslung einmal Hamburger Humor verzapft und seinen Kollegen vom Rhein und von der Spree absolut nichts nachgibt. Die

# Funkwinkel.

Auf breiter historischer Grundlage baut Professor Schering seinen Vortrag „Musik im Haus“ auf. Nach Untersuchungen über die nationalen und zeitlichen Unterschiede kommt Schering auf das Eigenliche seines Vortrages, auf die Frage, ob Gramophon oder Radio der ausgiebigen Hausmusik schaden. Schering verneint sie. Die Abnahme der Hausmusik hat andere Gründe. Im Gegenteil, die mechanische Musikreproduktion hebt unter allen Umständen das musikalische Verständnis der Masse. Abends sendet die Funkstunde Schmitzlers „Professor Bernhardi“. Die feingestimmte Komödie, völlig auf den Dialog gestellt, kommt in Radio zu starker Wirkung. Noch heute ist „Professor Bernhardi“ die Komödie jenes Art, der wegen seiner reinen Menschlichkeit im Amt verurteilt wird, von höchster Aktualität, und zwar nicht nur in der Hauptproblematik, sondern fast in allem, was über Menschen und Institutionen gesagt wird. Brauns Regie gelang es nicht immer, die Situationen dieses Männerstücks klar zu scheiden. Die einzelnen Sätze ähneln sich manchmal so sehr, daß man sich nicht einmal klar darüber ist, wer gerade spricht.

Aus dem Montagsprogramm merkt man nach der Vorrede von Felix Stiemer über die Freundschaft zwischen Marx und Engels eine besondere Erwähnung. Nicht nur und auch nicht zuerst wegen des Themas, sondern wegen seiner noch form und Inhalt meisterlichen Beherrschung. Eiferner wärmte es — und er tat wohl daran — irgendwie das Behrgebäude von Marx und Engels zu erläutern. Aber aus einer vollständigen und seitener Beherrschung des Stoffes ermunde gleichzeitig mit dieser Gestalt dieser einzigartigen Freundschaft der Ideenwelt ihres Schaffens, zugleich Inhalt ihres Lebens. Der Vortrag war ein seltener Genuß, der auch dem Kundigen manche interessante Einblicke gab und dem Unkundigen ungeahnte Schätze zugänglich machte.

forchen und smarten Sockengitis, denen der Erfolg auch im neuen Hause kein Glück, wurden prolongiert. Die Beresoff-Truppe ionisiert meisterhaft, Billy Jenkins (Schwanz) mit Gesicht als flatterer Combox sein Boss. Tirana ist eine junge, hübsche Tochter Spaniens, die mit Glut und Temperament heimatische Tänze tanzt. Der japanische Balancakt Soga Hirakawa Co. Original japanische Antipoden, verdient besondere Erwähnung, ebenso der treffliche Bühnenkünstler Les Blérios. Die russische Lehrertanztruppe O Esmaroffs mit ihrer temperamentvollen Behausung- und Tanzvorführungen gibt dem Programm den melodisch bewegten Abschluß.

## Jahresmitgliedsversammlung der Liga.

Am Sophienhof in Leipzig fand die Jahresversammlung der deutschen Liga für Menschenrechte statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde von dem Generalsekretär Kurt Großmann erlassen. Man kann aus ihm entnehmen, daß sich die Liga so ziemlich mit allen aktuellen Fragen der inneren und äußeren Politik beschäftigt hat. Auch über die Tätigkeit der Liga vor dem Gebiet der Justiz und gegen die Todesstrafe wird man durch diesen Bericht informiert. Ueber den deutsch-französischen Schüleraustausch, der von ihr betrieben wird, ist eine besondere Brochüre erschienen. Der Schüleraustausch ist als Bestimmungsaustausch gedacht und kein Prämien-austausch für gute Leistungen. Durch ihr topisches Verhalten im Kampf gegen die Todesstrafe und die Gerechtigkeits (Kulturkampf, Bullerbühnen, Rottfächer usw.) hat die Liga an moralischem Kredit gewonnen. Das größere Interesse für ihre Bestrebungen in der Presse wurde lobend erwähnt. Bei der Diskussion standen hauptsächlich das Verhalten im kommenden Gastkrieg; die drohende Reichstagswahl in den einzelnen Ländern und die Mittel zu ihrer Abwehr um das System im Reim zu erlösen und die mangelnde Aktivität des deutschen Friedensartikels u. a. zur Debatte. Anträge wurden nicht gestellt. Die Reumacht des Reiches ermahnen einstimmig die Wohl von: Dr. Oskar Cohn, Arthur Holtzner, Dr. Robert Kuczynski, Otto Lehmann-Ruhboldt, Dr. Walter Lewinthal, Dr. C. J. Gumbel, Dr. Siegfried Kauerer, Prof. Inna Stenitz, Dr. Kurt Tscholtsch, Graf Emil Wedel. Dem angeregenen Vorstand gehören die fünf erigennannten Herren an. In den politischen Berichten wurden zunächst Personen erwähnt, die der Liga schon immer nahe standen u. a. Prof. Gumbel, Prof. Göttsche, Dr. Engelbert Graf, Heinrich Mann, Toni Sender, Friedrich von Schnaack, Prof. Singheim, Ernst Toller, Prof. Zeit Balentin, Frau Dr. Wegscheider, Arnold Zweig.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Freitag, 12. Sept.). Westwärts, besonders nachts wieder etwas kälter als bisher. Deutliche Winde. — Für Deutschland: überaus vorwiegend besser. Tagestemperaturen nur wenig gedindert. Nachts etwas kälter als bisher.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin S.W. 4, Unter den Eichen 1, 2. Etz. 2. Trepp. rechts zu richten.

1. Kreis Kiepenhagen. Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 21. September, 19/21 Uhr, in den Armaturen, Bremer Str. 73, Vortrag: „Die Einwirkung der Revolution in Rußland“, Referent: Prof. Urbanowitsch. Die Kreisfunktionäre werden besonders gebeten, daran teilzunehmen, da ein zweiter Vortrag folgt.
2. Kreis Wedding. Freitag, 22. September, 19/21 Uhr, im Behrholzer, Chauffeurstraße 61, Kreismitgliederversammlung, Geschäfts- und Kassenbericht, Vortragsabend, Vortrag.
3. Kreis Prenzlauer Berg. Kreis Schulgemeinschaft. Die Versammlung am Donnerstag, 21. September, in der Schule Prenzlauer Str. 23, mit dem Referat des Generalsekretärs über die letzte Erziehung, muß, da die Schulen nicht schließt sind, ausfallen. Der Vortrag findet am Donnerstag, 21. März, in der Schule Prenzlauer Str. 23 statt.
4. Kreis Friedrichshagen. Jüngere Parteigenossen. Donnerstag, 21. September, 19/21 Uhr, im Jugendheim Rützel Str. 4, Vortrag: „Arbeitsrecht und Arbeitskampf“, Referent: Dr. Reinke.
5. Kreis Kreuzberg. Freitag, 22. September, 19/21 Uhr, bei Robe, Friedrichstraße 29, Kreismitgliederversammlung, Bericht des Vorstandes, Vortragsabend, Vortrag: Die Arbeitsgesetze treffen sich bereits am 19/21 Uhr im kleinen Saal. — Freitag, 22. September, bei Robe, Friedrichstraße 29, Kreismitgliederversammlung, Vortrag: „Nichtlügen für Kommunisten“, Referent: Wägenmeister Dr. Berg. Zur Teilnahme verpflichtet sind alle Genossen, welche eine ehrenamtliche Tätigkeit im Bezirk Kreuzberg ausüben.



Sunlight Seife gibt blütenweiße, geschont, frisch duftende Wäsche — eine Wohltat für den Körper.



# Die Schuldfrage der Inflation.

## Stürmische Debatte im Reichstag.

Der Reichstag legte am Dienstag nachmittags die Kleinrentnerdebatte fort. Nach den Abg. Frau Trendelenburg (Komm.), Beyer-Dresden (Wirtschaftsp.), Schwarzler (Bayer. Sp.), Stöhr (Nat.-Soz.), Kling (Bauerbund), Urteldt (Dtsch.-Hannd.), Best (Volksrechtsp.) spricht

Abg. Dr. Kademacher (Dnat.): Die Verzerrung der Renten ist nicht durch die Aufwertungsgeleihe herbeigeführt, sondern durch die Inflation 1918 bis 1923. Diese Markentwertung beruhte nicht auf dem verlorenen Krieg, sondern weil das Ausland der stumpfsinnigen Finanzpolitik in Deutschland keinen Kredit mehr gab, und dafür sind Sie (nach links) verantwortlich, da Sie damals regierten. (Erregter Widerspruch links.) Denken Sie nur an die Verschleuderung des Kriegsmaterials! (Andauernder Widerspruch links.) Sie wollten Ihr Parteiprogramm, den Aufwärtentag usw., ausführen, und dadurch verlor die deutsche Wirtschaft das Vertrauen des Auslandes. (Zurufe links: Stinnes!) Was ist 1918 bis 1923, als die Sozialdemokratie an der Macht war, für die Stabilisierung der Währung und für die Renten gesehen? (Zuruf links: Alles habt Ihr abgelehnt, Ihr Heuchler! Ordnungsruf.) Aber Ihnen war es ja recht, daß ein wertvoller Teil des deutschen Bürgerturns vernichtet wurde. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Aufwertungsgeleihe 1923 fand die Verzerrung schon vor und rettete, was zu retten war. Sie aber suchten die Regierungsparteien durch Agitationsanträge zu übertrumpfen. (Lebhafte Widerspruch der Soz.) Was die Aufwertung den Hausbesitzern und Landwirten gebracht hat, ist durch Steuern zurückgeholt, durch solche Wirtschaftspolitik vernichtet.

### Wer ist reicher geworden? (Stürmische Zurufe links: Hugenbergl)

Das aufgewetzte Geld ist wieder in der öffentlichen Hand, wie das Ihr Parteiprogramm verlangt. Wir aber sind stets für den Rechtsanspruch der Kleinrentner eingetreten, auch als wir Regierungspartei waren, zu einer Vorlage kam es freilich nicht (Aha! links), da die Minister nicht einig waren, zumal die Zentrumsmehrheit nicht mitzuwirken wollte.

Bei der Rentenfürsorge wollten die Sozialdemokraten von der Deckung nichts hören, auch bei vielen anderen ihrer Anträge nicht — hier aber beantragen sie Deckung und zwar durch eine Inflationsteuer. Die ist kaum durchzuführen, die Finanzminister der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten sind auch nicht daran gegangen. Durch diesen Deckungsvorschlag wollen die Sozialdemokraten nur den volksparteilichen Antrag kaputt machen, während die Einführung des Rentenanspruches eine Überschuldung des Staates ist. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Esser (Z.): Im ganzen Jahr 1925, als Ihr Herr Schließen Finanzminister war, haben Sie nichts für die Kleinrentner getan. Auch die besten Absichten sind an den Reichsfinanzen gescheitert.

Abg. Langen (Dem.): In der Zeit, als das Fundament des Wiederaufbaus gelegt wurde, als die Frage stand „Demokratie oder Diktatur?“, da waren die Deutschnationalen verschwunden, und die anderen Parteien mußten arbeiten. Die Grundlage der Inflation war die Anleihenwirtschaft im Krieg (Geschrei rechts). Wenn man Krieg führen will, muß man seinen Geldbeutel austun. (Stürmische Zustimmung links, Geschrei rechts.)

### Abg. Reil (Soz.):

Wenn jemals ein Mitglied dieses Hauses ein Parteigezänk (Stimmloser Ruf angeflüstert hat), so Dr. Kademacher heute. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Jedes Kind in Deutschland weiß, daß die

### Inflation die Folge der ungeheuren Pumpwirtschaft

gewesen ist, die während des Krieges unter der Führung Ihrer Parteifreunde getrieben worden ist. Heftig hat sich von dieser Stelle damals gerührt, daß er den Krieg mit Papiergeldern führe. Als nach dem Zusammenbruch (Rufe rechts: Nach der Revolution!) die neue Steuererhebung gemacht wurde, da erklärte heftig, diese Steuererhebung zermalme den ganzen Großbetrieb und müsse darum verhindert werden. (Hör! hör! links, Lärme rechts.) Die Deutschnationalen haben die Steuererhebung dauernd untermüßt. Was an deutscher Währung noch vorhanden war, ist durch den Ruhrkrieg zerrüttet worden, an dem die Herrschaft der Deutschnationalen nicht unschuldig war. (Minutenlanges Pfuf-Rufe rechts.) Als wir auf dem Höhepunkt des Ruhrkrieges vorschlugen, wertbeständige Schecks einzuführen, um die Währung zu retten, leisteten Sie (nach rechts) den heftigsten Widerstand, und Stinnes erklärte, solange ein französischer Soldat auf deutschem Boden stehe, könne von Stabilisierung keine Rede sein. Den ungeheuersten Gewinn aus der Mark-

entwertung haben damals Hugenberg und Stinnes gemacht. Was die wertbeständigen Schecks (insgesamt einstimmig angenommen wurden (andauerndes Geschrei rechts), sollte der Sturm der Deutschnationalen dagegen ein, weil ihr Wunsch nicht erfüllt wurde, wieder in die Regierung zu kommen. Bei der kurzen Zeit (der Redner hat nur 8 Minuten Redezeit von Montag noch gut) kann ich nicht auf alle Unwahrheiten Dr. Kademachers eingehen. Die einzige Tatsache, daß Dr. Best sich nun den Deutschnationalen getrennt hat, beweist Ihre Wertungspolitik auf das Schürfte und

### Ihr treuloses Spiel mit den Kleinrentnern.

Jetzt wird zum erstenmal ein Reichstagsbeschluss für die Kleinrentner zustande kommen, dessen Durchführung die Regierung ausgelagt hat. Durch die Stellung der Kleinrentnerfürsorge auf reichsgesetzliche Grundlage wird eine Tat für sie geschehen, während die Deutschnationalen ihnen nur demagogische Phrasen geboten haben. (Stürmischer Beifall bei den Soz. Inbauern der Lärme rechts.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Best und Frau May ist die Besprechung zu Ende. — Ein Entschuldigungsantrag der Wirtschaftspartei verlangt, daß

### Penionen über 12000 M. im Jahr nicht mehr gezahlt

und das ersparte Geld für die Kleinrentner verwendet werden soll. (Rufe rechts: Das ist ja ein höchstlicher Unfug! Gehe! Gehe!)

### Hierzu erklärt vor der Abstimmung

Abg. Dr. Becker-Hess (DDB): Auf diese Weise würde man nach der Darlegung eines früheren Finanzministers nur 75000 M. im Jahr ersparen. Weiter sagt der Redner, der sozialdemokratische Inflationsteuerantrag sei unvernünftig und zwecklos. Kein Finanzminister würde ihn ausführen, und die Volkspartei habe dieses Vertrauen ganz besonders zu Dr. Hiltberg. (Beifall.)

Der Antrag der Wirtschaftspartei wird mit Ablehnung eines Antrags Esser (Z.) auf Überweisung an den Haushaltsausschuß gegen die Stimmen der Rechten angenommen, ebenso der sozialdemokratische Antrag im Hammeisprung gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, und die Demokraten mit 181 gegen 141 Stimmen. Und mit diesem Erfolg gegen die Deutschnationalen die volksparteiliche Entschuldigungsicherung eines Rechtsanspruchs auf Kleinrentnerhilfe. Schließlich wird der Antrag des Ausschusses (Rechtsliche Vorlegung des Rentenanspruches) gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei angenommen.

Der Weißbegünstigungsvertrag mit Paraguay wird bis zum 1. Juli verlängert.

Mittwoch 5 Uhr: Regierungserklärung über die Betriebsfähigkeit der Reichsbahn. Anträge und Interpellationen wegen Stilllegung öffentlicher Betriebe. — Schluß 7 Uhr.

### Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Arbeit nur an der Jugendleitung.  
Berlin S 24, Unter den Eichen 3

Wahlleiterkollaborieren: Febr. 19 1/2 Uhr, im Rathenowklub des Parteiparkes, Finkenstr. 4, E. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

### Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.

Wahlleiterkollaborieren: Febr. 19 1/2 Uhr, im Rathenowklub des Parteiparkes, Finkenstr. 4, E. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949.



# Arbeitslohn und Kapitalzins.

Herrn Dr. Stolpers Antwort.

Wir haben in der vorigen Woche Herrn Dr. Stolper, den Herausgeber der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“, wegen seines Artikels „Wirtschaftskrise“ in Nr. 19 des „Deutschen Volkswirts“ angegriffen. Herr Dr. Stolper hatte behauptet, am gegenwärtigen Rückgang der Konjunktur — eine Wirtschaftskrise in den Augen von Herrn Dr. Stolper — sei der hohe Kapitalzins, an diesem die Erhöhung der Löhne schuld. Weil zu viel verbraucht würde, sei die Kapitalbildung zu gering, der Zins zu hoch, die Wirtschaft unrentabel. Die Folge sei die Wirtschaftskrise. Wir haben nachzuweisen versucht, daß Herr Stolper sich irrt: Wenn der Kapitalzins höher ist als er vielleicht sein könnte, und die Kapitalbildung kleiner als erwünscht, so seien dafür nicht mehr als die Lohnpolitik und der Verbrauch der Massen falsche Maßnahmen der Unternehmer verantwortlich zu machen. Diese hätten Fehldispositionen zur Folge, die die Kapitalnachfrage übermäßig erhöhen. Von notleidenden Industrien und Gewerbebetrieben würde zur Rationalisierung zuviel Kapital verlangt, weil durch Fehldispositionen viel Kapital verschwendet würde; das erhöhe den Kapitalzins über das sonst erforderliche Maß hinaus. Diese Erhöhung des Kapitalzins durch die übermäßige Kapitalnachfrage notleidender Industrien verteuere den Kapitalkredit auch für die nichtleidenden, unrationelle und ungenügende Beschäftigung der notleidenden ziehe auch Arbeitslosigkeit in nicht notleidenden Gewerbebetrieben nach sich.

Herr Dr. Stolper hat auf unsere Darlegungen in einem hochschätzenden Artikel „Nationalökonomie oder Mystik?“ („Deutscher Volkswirt“ Nr. 20) geantwortet. Herr Dr. Stolper ist bei seinen Behauptungen geblieben; er hat aber einen Beweis für den Zusammenhang zwischen Lohnpolitik, Konsumtion und Kapitalzins, den er zu erbringen gehabt hätte, nicht erbracht. Er hat in einem Tone geantwortet, den wir nicht angeschlossen geben. Auf unsere sachlichen Einwände hat Herr Stolper nach Einführung nichts beweisender Beispiele wieder nur ausgerufen: „Was denn in aller Welt hat der Rationalisierungsaufwand und daher der Kapitalzins mit der Höhe des alten Eigenkapitals und selbst mit den Dividendenansprüchen der Industrie zu tun?“ Und Herr Stolper fügt an einer anderen Stelle hinzu: „Da sich der Kapitalzins nicht dithieren läßt, kommt es gar nicht darauf an, wieviel Fehler, falsche Investitionen, Verschwendungsakte diese deutschen Unternehmer auf dem Gewissen haben.“

Wir halten es für vergeblich, mit Herrn Dr. Stolper uns über Zusammenhänge auseinanderzusetzen, die noch in keinem Lehrbuch von Herrn Professor Schumpeter behandelt worden sind. Wir können niemanden beneiden, der glaubt, daß eine Wirtschaft wie die deutsche, die erst auf dem Weg zur Stabilität und Rationalisierung ist, für deren Führung die Wissenschaft leider keine Erfahrungen hat, mit herkömmlichem Schulwissen traktiert werden kann. Aber zu Herrn Stolpers Meinung, Rationalisierungsaufwand, Höhe des alten Eigenkapitals und Kapitalzins hätten nichts miteinander zu tun, wollen wir uns doch noch eine Bemerkung erlauben. Wenn in einer Gleichung von vier Faktoren drei nach ihrer Größe bekannt sind, dann ist auch der vierte bestimmt. Bei allen Rationalisierungs- und Sanierungsaktionen für Industriezweige und Unternehmungen ist die Höhe der erstrebten Dividende (mindestens der Kapitalzins), sind die Zinsen und die notwendigen Abschreibungen für den Rationalisierungsaufwand und für die umsetzbare Kapazität der alten Anlagen, die rationalisiert werden sollen, bekannt. Unbekannt ist die Bewertung der alten Anlagen und dementsprechend die Höhe des Eigenkapitals einer Unternehmung. So ist es doch in keiner erlaubten Größe absolut bestimmt. Das behauptet Herr Dr. Stolper, die Größe dieses  $x$  sei gleichgültig. Wir behaupten weiter, daß, wenn das Eigenkapital zu hoch angelegt wird, der Rationalisierungsaufwand größer sein muß als er zu sein braucht, daß der Kapitalzins deshalb steigt und alle notleidenden Industrien, die darauf keine Rücksicht nehmen, notwendig in einen fehlerhaften Zirkel der Kapitalverschwendung hineingeraten müssen, der allgemein in der gesamten Volkswirtschaft das Kapital verteuert.

Wieder beneiden wir Herrn Dr. Stolper nicht, wenn er sich auf die Wissenschaft beruft, um solche Zusammenhänge zu leugnen. Wir beneiden auch die Wissenschaftler nicht, die Herr Dr. Stolper dazu als Zeugen anruft.

Wir verstehen übrigens in der Tat nicht, weshalb Herr Dr. Stolper diese Zusammenhänge gerade für die Industrie und insbesondere dann leugnet, wenn es sich um die Schwerindustrie handelt. Dr. Fritz Baade hat für die Landwirtschaft festgestellt, daß in der deutschen Landwirtschaft 5-6 Milliarden Mark Kapital festinvestiert worden sind. Den hier vorliegenden falschen Zirkel von künstlich hohen Güterpreisen, steigendem Kapitalmangel und steigendem Kapitalzins dürfte Herr Dr. Stolper kaum leugnen. Er wird es um so weniger tun, als der Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf den Wiener Verhandlungen die Feststellungen Dr. Baades auch als eigene Meinung vorgebracht hat. Was in der Landwirtschaft geschehen ist, ist in der Industrie vielfach geschehen und geschieht noch heute. Herr Dr. Stolper wird nicht leugnen, daß diese Fehldispositionen in der Landwirtschaft den Kapitalzins stärker erhöht haben als es notwendig war und damit auch ganz allgemein die Voraussetzungen der Rentabilität in der gesamten Privatwirtschaft verschlechtert wurden. Wir begreifen deshalb nicht, weshalb Herr Dr. Stolper das von ihm bei der Landwirtschaft bewiesene Verständnis just bei der Industrie, insbesondere bei der Schwerindustrie, nicht aufbringt.

Herr Dr. Stolper sucht nach Ursachen für den hohen Kapitalzins in Deutschland. Er meint, sie liegen allein bei überhöhten Löhnen und im übersteigerten Verbrauch. Den Anteil der landwirtschaftlichen Fehldisposition von Kapital an der Steigerung des Kapitalzins kann Herr Stolper nicht bestreiten. Dieser Anteil ist sehr groß. Aber Herr Stolper müßte sich selbst noch sehr gut andere Ursachen kennen; zum Beispiel die von ihm so energisch geforderte Kredit- und Anleihepolitik des Reichsbankpräsidenten gegenüber den öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen. Besonders ist die Verteuerung des Kapitalzins durch die vollständig überflüssige, heute kaum mehr gutzumachende Drosselung öffentlicher Kreditsanleihen nicht geringer als diejenige, die durch die Fehlverwendung von Kapital der Landwirtschaft entstanden ist.

Wir wissen selbst sehr gut, daß der von uns aufgelegte Fehlzirkel in der Kapitalpolitik notleidender Industrien nur eine Ur-

sache unnötiger Verteuerung des Kapitalzins und der verschlechterten Rentabilitätsbedingungen der Privatwirtschaft ist. Aber es ist ein Unfug, die Lohnpolitik für die Höhe des Kapitalzins verantwortlich zu machen, wenn so greifbare Ursachen, wie die von uns aufgelegten, einfach verschwiegen werden.

Herr Dr. Stolper fragt uns, ob wir daran zweifeln, daß die Arbeitslosigkeit geringer wäre, wenn Deutschland statt eines zehnprozentigen einen sechsprozentigen Kapitalzins hätte. Wir zweifeln in der Tat daran. Einmal hätten wir in der Vergangenheit schon einen viel niedrigeren Kapitalzins als heute und die Arbeitslosigkeit war trotz eines viel milderen Winters größer als heute. Dann aber kam eine solche Frage ja nur gestellt werden, wenn man die wirklichen Ursachen des hohen Kapitalzins auf heute nicht kennt. Kennt man sie aber, dann ist die Frage überflüssig.

Herr Dr. Stolper fragt uns weiter, ob wir daran zweifeln, daß wir dem Kapitalzins von 6 Proz. näher wären, wenn in Deutschland weniger verbraucht und mehr gespart worden wäre. Auch daran zweifeln wir. Wenn in Deutschland weniger verbraucht worden wäre, soweit der Verbrauch sich nach der Höhe der Löhne bestimmt, so wäre eine danach orientierte Lohnpolitik tatsächlich in volkswirtschaftlicher Betrachtung eine weitere Ursache für einen höheren Kapitalzins gewesen, denn die Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Rationalisierung hätten wegen des fehlenden inneren Erfolges schlechter sein müssen als sie waren. Wenn mehr hätte gespart werden sollen, als es geschehen ist, dann sind aber sicher daran nicht die arbeitenden Massen oder die Löhne schuld, sondern die Fehldispositionen der deutschen Unternehmer, die Herr Stolper als Bagatelle behandelt haben will.

Wir bestreiten Herrn Stolper nicht das Recht, so viel und so oft er Lust hat, in der deutschen Öffentlichkeit zu warnen. Wenn solchen Warnungen aber falsche und wirtschaftsschädliche Erkenntnisse zugrunde liegen, so haben wir die Pflicht, den Sinn der Warnungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Diese Pflicht zu erfüllen, ist besonders dringlich, wenn eine Politik gemacht wird, deren Tendenzen und Ziele keineswegs immer mit wünschenswerter Klarheit zutage liegen.

G. Klingelhöfer.

## 27 Proz. Dividende!

Bei der Roddergrube des RWE.

Die Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube A.-G. in Brühl hat im Jahre 1928 ihre Braunkohlenförderung wieder um 1,5 auf 13,8 Millionen Tonnen und die Briketterstellung um 0,27 auf 2,27 Millionen Tonnen erhöht. Gleichzeitig stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 2368 auf 2929. Die Roddergrube ist heute in der Hauptsache Kohlenlieferant für die Kraftzeugungsanlagen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes und wird auch aktienmäßig — das Kapital beträgt 18 Millionen — vom RWE beherrscht. Durch einen Vertrag mit dem RWE erhält die Roddergrube A.-G. jeweils bis zum Jahre 1930 bei den Stammaktien 9 Proz. Betrag. Daraus ergibt sich die Kollisionsdividende von 27 Proz., die allerdings größtenteils in das RWE zurückfließt. Das RWE soll 1930 das gesamte Vermögen der Roddergrube zu einem Preise von 117 Millionen Mark — das ist mehr als das Sechsfache des Aktienkapitals — übernehmen. Nach 1930 kann das RWE jederzeit die Roddergrube ebenfalls erwerben, muß aber dann betragsgemäß 126 Millionen für den Erwerb ansetzen.

## Die Arbeitslage in Brandenburg.

Fernwirkungen des sibirischen Frostes.

Die Gesamtarbeitsmarktlage im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat sich in der Woche zum 9. Februar 1929 weiter verschlechtert. Hierzu beigetragen hat in erster Linie das hartnäckige Frostwetter, das die noch durchgeführten Arbeiten in Land- und Forstwirtschaft, in den Gärtnereien sowie in der Industrie der Steine und Erden, als auch bei den Sägewerken nun vollständig zum Erliegen brachte. Dem aber auch die ungünstigen Beschäftigungsverhältnisse in den Metallfabriken, die durch den schlechten Absatz ihrer Erzeugnisse sehr unter Kapitalmangel leiden und daher zu größeren Entlassungen schritten. Die gleiche, wenn auch nicht so stark in die Erscheinung tretende Lage läßt einzelne Zweige in der Metallindustrie, die in Anbetracht mangelnder Aufträge zur Kurzarbeit nur teilweise, vornehmlich in der Provinz zu Teilbetriebsstilllegungen greifen mußten.

Zeichen der Belebung und Fortdauer guter Beschäftigung liegen nur bei der Auto-, Waggon-, Kinderwagen- und Telephonindustrie fest. Die saisonbedingten guten Beschäftigungsverhältnisse im Bekleidungsgebiete hielten an. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe lag nur für die Süßwarenindustrie ein größerer Bedarf an Spezialkräften für die Eierherstellung vor. Für Angestellte hat die Besserung nicht angehalten.

In der Berichtwoche stieg die Zahl der Arbeitsuchenden um 6994 auf 391 818, d. h. 1,74 Proz., gegenüber einer Abnahme von 4593 gleich 1,25 Proz. in der Vorwoche. Innerhalb des Landesarbeitsamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitsuchenden auf Berlin mit 247 453, auf die Provinz Brandenburg mit 130 105 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 14 259 Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 219 333, in der Armenunterstützung 13 162, zusammen 232 545 Personen. Hinzu kommen noch rund 66 000 Bezüher der Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit.

Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 133 670, auf die Provinz Brandenburg 80 696, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 5037. Für die Arbeitsfürsorge betragen die gleichen Zahlen für Berlin 15 569, Brandenburg 2300, Grenzmark 93. In der Sonderunterstützung entfielen auf Berlin rund 39 Proz., auf Brandenburg rund 50 Proz., auf die Grenzmark rund 11 Proz.

Zuf 1000 Einwohner des Gesamtbezirks kamen in der Arbeitslosenversicherung 30,41 Hauptunterstützungsempfänger; diese

stellte sich für Berlin auf 32,36, für die Provinz Brandenburg auf 29,11, für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 16,14. In der Arbeitsfürsorge betrug die Konstantenzahl für den Gesamtbezirk 252; sie stellte sich für Berlin allein auf 3,77, für die Provinz Brandenburg auf 0,90, für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 0,30.

## Vermögen der Konsummitglieder.

Die Aufwärtsentwicklung der Konsumgenossenschaften.

Das letzte Geschäftsjahr der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine weist eine nicht unbedeutende Vermehrung der Mittel der Konsumvereine auf.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder stiegen von 39 435 212 Mark auf 48 067 289 M., also um 8 632 077 M. Der Zuwachs ist nicht so stark wie in den beiden Vorjahren, wo er 10 004 066 M. bzw. 9 434 008 M. betrug. Aber er ist bei verringerter Mitgliederzahl erreicht worden, woraus hervorgeht, daß die auscheidenden „Papierlosten“ nichts mitzunehmen hatten, also Ballast für die Organisation bedeuten, daß dagegen die verbleibenden Mitglieder fleißiger an der Aufbringung des Betriebskapitals ihrer Genossenschaften arbeiteten.

Die Mitglieder berechneten, beliefen sich die Geschäftsguthaben auf 17,15 M., gegen 13,55 M. bzw. 9,21 M. in den beiden Vorjahren. Da im Durchschnitt die sechsmalige Höhe des Anteils 30 M. beträgt, muß noch eifrig darauf hingewirkt werden, daß dieser Betrag auch wirklich erreicht wird.

Die Entwicklung der Reserven läuft überraschend parallel mit der der Geschäftsguthaben. Sie stiegen von 39 735 695 M. auf 48 586 698 M., also um 8 850 973 M., gegen 5 861 091 M. bzw. 4 331 182 M. Hier zeigt sich, daß die Vereine allmählich von den Verlusten der Inflationszeit genesen und ihr soziales Kapital rascher zu vermehren in der Lage sind als bisher.

Die Mitglieder betragen die Reserven 17,33 M. gegen 13,65 M. bzw. 10,60 M. in den beiden Vorjahren.

Sparguthaben sind nach wie vor das Wachstum der Sparanlagen. Sie stiegen von 175 808 941 M. auf 252 449 894 M., also um 76 640 953 M. In den beiden Vorjahren betrug die Zunahme 66 655 299 M. bzw. 41 240 211 M.

Die Mitglieder betragen die Sparanlagen 90,05 M., gegen 60,42 M. bzw. 34,14 M. in den beiden Vorjahren. Es ist also eine Verstärkung des Strebens, Spargelder konsumgenossenschaftlich zu verwerten, festzustellen. Die Mitglieder wollen eben ihre Gelder nicht in die Privatwirtschaft gegen sich, sondern in der genossenschaftlichen Wirtschaft für sich arbeiten lassen.

## Bergbau im Januar.

Noch große Produktionsziffern.

Im Ruhrbezirk sind nach den Bedürfnisangaben der Hochgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im Monat Januar 10,13 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert worden gegen 10,29 Millionen Tonnen im Januar des Vorjahres. Die arbeitstäglichste Förderung ging in den verglichenen Zeitpunkten von 402 000 auf 390 000 Tonnen zurück. Angesichts der Steigerung der Feierschichten von 28 000 auf 160 000 in den Januarmonaten der beiden Jahre ist der Rückgang der Förderung also relativ gering.

Das oberste Kohlengebiet zeigt gegenüber dem Januar vorigen Jahres mit 1,33 gegenüber 1,66 Millionen Tonnen sogar eine Fördersteigerung.

In der mit 2,53 gegenüber 2,58 Millionen Tonnen nur wenig verringerten Kohlerzeugung des Ruhrgebietes kommt die relativ starke Konjunktur des Monats Januar 1929 zum Ausdruck, von der mir kürzlich gesprochen haben. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter des Ruhrbezirks ist mit 365 000 gegenüber 398 000 im Januar v. J. — man beachte dabei noch die fast verheerenden Feierschichten des Jahres — schneller gesunken als die Förderung. Der Leistungseffekt hat sich also auch gegenüber dem Vorjahre noch erhöht. Die Halbenbestände des Ruhrgebietes gingen gegenüber Dezember 1928 von 3,10 auf 2,98 Millionen Tonnen zurück, sind aber gegenüber dem vorjährigen Januar (1,32 Millionen Tonnen) mehr als doppelt so groß.

Reichsbank hat nur noch 1447 Millionen Wechsel. Der Wochenanweis der Reichsbank zum 15. Februar zeigt wieder starkes Bestehen an Wechselbeständen. Diese sind um 200,6 auf 1446,6 Millionen Mark zurückgegangen und haben damit bald einen Tiefstand erreicht, der Anfang 1927 vorlag, als die Reichsbank ihren Diskontsatz auf 5 Proz. ermäßigte. Die Lombardbestände sind, wie gewöhnlich zur Monatsmitte, um 33,9 auf 178,3 Millionen angewachsen. Ebenso wird nun als normale Veränderung den letzten Rückgang der fremden Gelder auf Girokonten um 34,1 auf 457,2 Millionen ansetzen dürfen. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging um 158,9 auf 4077,3 Millionen zurück, der an Rentenbanknoten um 3,3 auf 479,1 Millionen Mark gestiegen. Die Goldbestände sind mit 3728,9 Millionen unverändert; dagegen haben sich die Bestände an bedeckungsfähigen Devisen um 39,9 auf 100,4 Millionen verringert. Diese Verringerung dürfte mit dem Bemühen der Reichsbank zusammenhängen, Verkäufe von Gold aus ihren Beständen zu verhindern. Die Deckung der unauflösbaren Noten durch Gold mit 66,9 Proz., die durch Gold und Devisen zusammen mit 69,4 Proz. bleibt trotzdem enorm hoch. Doch in den letzten Tagen der sogenannte Privatdiskontsatz — für die Goldbeschaffung erster Firmen gezogener Zinssatz — auf 6 Proz. gestiegen ist, gleichzeitig die Reichsbank erhebliche Devisenmengen abgegeben hat, ist natürlich im Augenblick für eine Diskontermäßigung ungenügend.

Die Bank für Deutsche Beamte e. G. m. b. H., die in Berlin 12 Depositenstellen besitzt, hat nach dem Geschäftsbericht am 31. Dezember 1928 13,8 Millionen Einlagen erreicht gegen 9 Millionen Ende 1927. Die Geschäftsguthaben, Reserven und Postmengen erreichten Ende 1928 die Höhe von 6 Millionen Mark. (Vergl. den Bericht im Informativblatt.)



Zur  
Gesund-  
haltung!

Fachlager Versandstelle, Berlin SW II  
Schöneberger Str. 16a. Tel. LÖ 1109 8166-61

ENWER BEY GOLD 5 ist die beste Zigarette  
Gutscheine liegen bei!



## Frederic Boulet: Das grüne Tagebuch

Um acht Uhr kam Herr Bermide mit den beiden Freunden nach Hause, die er eingeladen hatte. Da es in seiner Gewohnheit lag, sich zu verspäten, war das Abendessen noch nicht fertig. In seiner lauten, herrischen Art war er sehr ungehalten darüber und tat sich auch keineswegs Zwang an, es zu verbergen. Das war wirklich ganz unglücklich! ... Doch so etwas vorkam! ... Man wußte doch ganz genau, daß er — sonst so nachsichtig in jeder Beziehung — gerade hinsichtlich Pünktlichkeit vollkommen unbeugsam war! ... Er reichte seine Gestalt, die beginnende Befeibtheit noch statlicher machte, warf mit der Hand sein zu schwarzes, schon etwas spärliches Haar aus der Stirne und schritt gereizt im Salon auf und ab. Die beiden Gäste, Herr Bolochon, Professor ohne Schüler, und Herr von Bivar, Schauspieler ohne Engagement, erwiderten kein Wort, denn sie wußten, daß man schließlich ja doch etwas zu essen bekommen würde.

Ganz zerknirscht machte Frau Bermide den schüchternen Besuch, ihren Gatten zu besänftigen.

„Mein lieber Adolphe, man wird gleich auftragen, ich versichere dir. So beruhige dich nur, lieber Adolphe,“ wiederholte sie immer wieder mit ebensovoller Sanftmut in der Stimme wie in ihrem Gesicht mit den verschwommenen Blicken, wie im Blick ihrer grouen Augen, wie im Schimmer ihrer abschlonnen Haare.

Und da das Mädchen meinte, daß angerichtet sei, ließ sich Herr Bermide erweichen, sich zu beruhigen.

Bei Tisch zeigten die Herren recht guten Appetit und sprachen viel. Zuerst unterhielten sich Herr Bolochon und Herr von Bivar, der eine gelb, laht und gallig, der andere bleich, glahlöpfig und heftig, beide unverstanden und schäbig, und ergingen sich in Lobpreisungen ihres Genies. Aber dazu hatte sie Herr Bermide nicht zu Tisch geladen. Seine Stimme schwoh an und er begann mit Heberzeugung von sich selbst zu sprechen in wohl gemessenen, hochredenden Phrasen, durch die bald heulste Begelierung lang. Und so er den beiden zu essen gab, verstummten sie und hörten ihm zu. Frau Bermide überwachte diskret die Bedienung, legte vor und überreichte die Gläser voll, ohne dabei zu veräumen, den Eindruck zu erwecken, daß sie an den Lippen ihres Mannes hing, der sich von Zeit zu Zeit zur Betätigung seiner Worte an sie wandte: „Uebrigens weiß es Marceline.“ Und sie antwortete gehorsam: „Gewiß, lieber Adolphe.“

Gegen elf Uhr zogen sich die beiden Gäste zurück. Frau Bermide suchte ihr Zimmer auf und ihr Mann blieb im Salon, um seine Zigarette zu branden.

Er raudhte friedlich und gedankenlos, als seine Augen allmählich an einem kleinen Schreibtisch haften blieben, der ihm gegenüberstand, und dessen sich Frau Bermide bediente, die das Arbeitszimmer ihres Gatten nur betreten durfte, um darin Ordnung zu machen.

Herr Bermide war erstaunt, auf diesem Tisch ein Heft zu sehen. Es war ein gewöhnliches Schulheft, ziemlich dick, grün, mit einem schwarzen Rücken. Er schlug es auf und fand darin die Schrift seiner Frau. Neugierig geworden, kehrte er zu seinem Platz unter der Lampe zurück, los einige Zellen, die er nicht recht verstand, und begann auf der ersten Seite des Heftes, von dem kaum ein Drittel beschriebenen war.

Als Ueberschrift stand: „Hierzehntes Heft meines Tagebuchs.“

„Nein, so etwas! Nein, so etwas! Sie führt ein Tagebuch! Das ist doch ganz unsofandlich!“ murrte Herr Bermide.

Er fragte sich, wo sie wohl die anderen Hefte versteckt hielt; aber das Wichtigste war jetzt wohl, den Inhalt der Blätter in seinen Händen kennenzulernen. Und er las:

12. April. — Der Jahrestag unserer Trauung. Er hat mir nicht davon gesprochen und ich habe auch nichts gesagt, denn jetzt ist mir das gleichgültig geworden. Zu Mittag hat er mir eine Szene gemacht wegen einer Omelette, die er gerne mit Käse gehabt hätte. Im Vorjahr war er auf Reisen und vor zwei Jahren hatte ich ihm Blumen gebracht und er erklärte mir, daß dies lächerlich sei und nicht mehr zu unserem Alter passe; das habe ich in meinem Heft von damals wiedergelesen. Es ist ja wahr, daß wir seit vierzehn Jahren verheiratet sind. Ich bin sechsunddreißig, er siebenundvierzig. Er färbt sich die Haare und pfaubt, daß es niemand hemerkt, außer mir. Aber ich zähle nicht. Ich habe ihn so sehr geliebt, ich habe ihn so sehr bewundert, und er hat meine Gefühle so sehr ausgezehrt! Er war immer so sicher, daß ich mich nie aufhebe, daß ich ihm mein ganzes Leben treu bleiben würde. Jetzt meine ich nicht mehr, wenn er mir Szenen macht. Ich habe mich daran gewöhnt.

Die erste Eintragung brach da ab. Herr Bermide, zu sehr verblüfft, um sich darüber klar zu werden, wie ihm eigentlich geschah, blätterte um. Die folgenden Seiten enthielten nur kurze Angaben über gemachte Besorgungen oder aus verschiedenen Anlässen erduldete Szenen. Die Feststellung: „Ich habe wirklich genug.“ wiederholte sich in kurzen Absätzen, ohne weitere Erklärung. Frau Bermide führte ihr Tagebuch nur sehr unregelmäßig und es vergingen manchmal mehrere Tage ohne Eintragung.

Herr Bermide empfand eine unbeschreibliche Betroffenheit; er bemerkte, daß seine Frau nie seinen Namen anführte. Sie nannte ihn „er“.

7. Mai. — Ausflug zu seiner Schwester nach Garches. Sie haßt mich und hat mir den ganzen Tag Unverschämtheiten ins Gesicht geschleudert. Ihre Jungens sind unaustrastlich; sie haben mir absichtlich mein Kleid zerrissen. Auf der Heimfahrt hat er mir vorgeworfen, daß ich seine Familie nicht liebe.

2. Juni. — Mittags hat er mir einen feierlichen Vortrag über Rationalökonomie gehalten. Er will sich jetzt damit befassen. Das wird einige Wochen dauern, höchstens einige Monate. Wie immer, habe ich so getan, als ob mich das Gesagte interessieren würde. Das ist aber keine Verstellung meinerseits; es ist eine Gewohnheit, die sehr lange von Herzen kam und die ich nicht mehr ablegen kann. Erst seit vier oder fünf Jahren habe ich wirklich vollkommen aufgehört, ihn für einen hervorragenden Menschen zu halten. Jetzt sehe ich allerdings klar. Er wird es zu nichts bringen. Niemand, selbst ich, werde ich ihm jemals danken. Mein Gott, welche Bewunderung ich damals für ihn empfand! Er hatte mir gesagt, daß ich an seinem Werk teilnehmen würde, und ich war so stolz darauf! Sein Wert! Er wird niemals arbeiten — und wenn wir nicht unser kleines Vermögen hätten. Zum Glück ist er aber geizig, und wenn er auch

sein Leben und das meine verpfuscht hat, so versteht er es wenigstens, unter Geld zusammenzuhalten.

Und das Tagebuch fuhr in diesem Tone fort.

26. September. — Er hat Balochon zu Tisch geladen, der schmutzig ist, und von Bivar (er heißt Vasin) der brüllt und mir die Finger zerquetscht. Er kann nur mehr Leute vertragen, die im Leben nichts erreichen; die anderen machen ihn zu neidig. Seine Gäste bringt er halbbetrunken vom Kaffeehaus hierher. Wenn er vor der festgesetzten Zeit kommt, wird er mir eine Szene machen, weil das Fleisch zu sehr durchgebraten ist. In beiden Fällen wird es „ganz unglücklich“ sein! Und er wird dann ohne Unterbrechung mit größter Begeisterung von sich sprechen und sich sein Gerede von mir beifälligen lassen: „Uebrigens weiß es Marceline.“ — „Gewiß, lieber Adolphe.“

„O, Gott!“ rief eine erschrockene Stimme.

Frau Bermide stand im Kimono in der Lüre. Es war ihr plötzlich voll Entsetzen eingefallen, daß sie vergessen hatte, das Tagebuch in das Geheimfach des Schreibtisches, das nur sie kannte, zu verschließen, als das Mädchen sie abends gerufen hatte.

Starr vor Schreck blickte sie auf das grüne Heft in den Händen ihres Mannes. Entsetzen und Reue überfielen sie: sie litt bei dem Gedanken an die grausame Verwundung, die er empfinden mußte, auf diese Art über sich aufgefaßt zu werden. Und in ihrem Inneren hoffte sie ganz vage, daß er sich vielleicht von nun ab ändern würde.

Beim Schrei seiner Frau hatte er den Kopf gehoben. Eine schmerzliche, aber edle Enttäuschung drückte sich auf seinem Gesicht aus. Er sagte nur:

„Also, auch du erkennst mich!“

(Berechtigtes Uebersetzen von R. Schmidt.)

## Sterbende deutsche Tannen

Schon seit vielen Jahren beobachtet man in verschiedenen deutschen Gebieten ein Absterben der Tannen, das allen Bemühungen zum Trost leider immer noch zunimmt. Das Tannensterben, das bereits im Jahre 1886 in Sachsen auftrat und sich von da aus sowohl in südlicher als auch in nordwestlicher Richtung ausbreitete, ist die Folge einer hauptsächlich durch die Wolf- oder Tannenlaus (Chermes piceae) verursachten Erkrankung der Bäume. Die Wollläuse haben sich nun in den letzten Jahrzehnten so sehr vermehrt, daß sie eine ernsthaftige Gefahr für einen Teil der deutschen Tannenebestände bilden. Der Schaden, den sie den von ihnen befallenen Bäumen zufügen, besteht besonders darin, daß sich ihre Larven an die Lungen, nach dünnberinderten Keste legen, wo sie alsbald zapfenförmige Bucherungen hervorzurufen, die die Zweige zum Absterben bringen. Außerdem sind auch die Tannentknoten durch die Käuse gefährdet, da sie die Knospen an der Wurzel anbohren, woraus sich gleichfalls Bucherungen und zwar Gallen bilden. Nach dem in der „Naturwissenschaftlichen Umschau“ mitgeteilten Bericht wird das Absterben an alten Bäumen wie auch in jungen Kulturen beobachtet und geht bei manchen Bäumen ziemlich schnell vor sich, während andere wieder längere Zeit fränkeln, ehe sie zugrunde gehen. Andererseits werden die Tannen auch durch den Hallimasch, einen Pilz, der mit seinem Fadengeflecht das Holz durchzieht und bei Trockenheit die Zuleitung des Wassers von den Wurzeln nach dem Gipfel der Tanne hemmt, sowie durch die holzzerstörende Tätigkeit der Borkenkäfer geschädigt. Leider bringt bei der Bekämpfung der Wollläuse das Besprühen mit giftigen Substanzen nur unzureichenden Erfolg, weil hierbei die höher oben stehenden Kolonien der Läuse nicht getroffen werden können.

## A. Stentzel: Aendert sich unser Klima?

Der gegenwärtige außerordentlich strenge Winter, dessen seit Jahresbeginn währende große Kälteperiode dem europäischen Kontinent so niedrige Temperaturen brachte, wie sie die Meteorologen in langen Jahresreihen nicht aufzufinden vermögen, legt wieder die Frage nahe, ob sich wohl eine Wandlung unseres Klimas vollzogen habe, oder doch im Begriff sei, sich zu vollziehen. Bestimmten wollen in diesem Naturorgane gleich wieder ein völes Omen auf die in absehbarer Zukunft bevorstehende neue Eiszeit erbilden; sie vergessen aber, daß es sich bei solchen Vorcommissionen nur um Einzelscheinungen handelt, die von Zeit zu Zeit, wenn auch manchmal erst nach langen Pausen, wiederkehren. Aus extremen Einzelsfällen allein lassen sich keine Schlüsse auf den Gang des Klimas ziehen. Einzelne besonders kalte Winter, wie der heurige, oder ungewöhnlich frühe Sommer, wie der von 1923, fallen erst dann ins Gewicht, wenn sie sich zu oft wiederholen, wenn sie sich häufen.

Da nach ebnerem Naturgesetz nichts in der Welt von Bestand ist, kann auch das Klima hier von keine Ausnahme machen. Das Klima ist nicht unveränderlich, sondern ändert sich fortwährend. Doch was dies nicht merken, liegt an der verschwindend kurzen Dauer unseres Lebens gegenüber den langen Zeiträumen, in denen die Klimaänderung vorstatten geht. Wenn sich das Klima in geologischer Vergangenheit, wie wir heute wissen, wiederholt sehr bedeutend umgestaltet hat, im Tertiär noch tropisch, im Diluvium zeitweise leuchtalt (Eiszeit), zeitweise wärmer und trodener (Steppenklima) gewesen ist, warum sollte es nicht auch in der Gegenwart wandelbar sein? Forschen wir deshalb einmal nach, ob sich nicht Merkmale finden, die einen gewissen Anhalt dafür bieten. Doch bevor wir in die Zukunft schauen, müssen wir uns zunächst über die Vergangenheit unterrichten und uns kurz vergegenwärtigen, wie das heutige Klima in unserem Gebiet, d. h. in Mitteleuropa, geworden ist. Aus zahlreichen Naturzeugen auf und unter der Erdoberfläche wissen wir, daß der ersten großen diluvialen Eiszeit eine wärmere Periode, sogenannte Zwischeneiszeit, folgte, dieser wieder eine neue, schwächere Eiszeit und eine abermalige Zwischeneiszeit, endlich eine dritte kalte Periode. Manche Gegenden hatten sogar vier Einzelszeiten. Die Haupteiszeit mag vor etwa einer halben Million Jahre begonnen haben; die letzte und schwächste kalte Periode soll vor ungefähr 20 000 bis 30 000 Jahren zu Ende gegangen sein. Seitdem ist es also wieder wärmer in Europa. Es entsteht daher die Frage, ob

## Wie man Tiere hypnotisiert

Man hat häufig beobachtet, daß Tiere, besonders viele Käferarten, durch eine Erschütterung in einen Storzustand verlegt werden, den man häufig als „Scheintod“ bezeichnet. Es handelt sich aber dabei mehr um eine Hypnose, die sich auch bei Wirbeltieren, Amphibien, Fischen, bei Vögeln und Säugetieren durch äußere Reize erzielen läßt. Der wichtigste Reiz dieser Art ist der, das Tier in eine Lage zu bringen, aus der es sich nicht ohne weiteres in seine normale Lage zurückversehen kann. Legt man ein Huhn auf den Rücken und hält ihm zugleich kurze Zeit die Beine fest, dann verliert es die Bewegungsmöglichkeit und bleibt starr liegen. Viele Fische bleiben bewegungslos, wenn sie in einem Wassergefäß auf den Rücken gelegt werden. Bei den Wirbeltieren handelt es sich immer um das Schlafwerden der Muskulatur. Doch können manche Tiere auch durch ganz andere Reize bewegungslos gemacht werden. So wird z. B. bei Molchen sofort eine Hypnose hervorgerufen, wenn man an einem Bein des Tieres schnell und scharf mit einer Pinzette drückt. Der gleiche Erfolg läßt sich bei Mäusen und Ratten durch Reizung am Fuß oder Schwanz erzielen.

Wie S. Kymowich in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ ausführt, handelt es sich dabei häufig um eine Art „Schock“, der das Tier zunächst noch nicht in Hypnose verlegt. Interessante Versuche sind mit dem Rochen angestellt worden. Bringt man einen solchen Fisch in ein Gefäß, in dem er gerade liegen, aber keine Bewegung ausführen kann, so bleibt der Fisch bald ruhig, aber man merkt gewisse Flossenbewegungen, und der feinste Nervenreiz wirkt auf ihn ein, der Rochen ist also nicht hypnotisiert; übt man aber dann einen leichten Druck auf seinen Kopf, Rücken oder Bauch aus, dann verfällt das Tier in wirkliche Hypnose. Ähnliches hat man an Schwaben beobachtet. Beim Kaninchen, das in einem ganz engen Käfig keine Bewegung ausführen kann, wird erst durch einen leichten Druck auf den Kopf die Hypnose erzeugt. Die Hypnose kann also durch geringfügige Reize ausgelöst werden, jedoch ist dazu die anhaltende Gleichförmigkeit der Umgebung notwendig, während jede äußere Störung die Hypnose hemmt. Ähnliches hat ein russischer Physiologe beim Einschlafen von Hunden beobachtet. Die hypnotischen Zustände sind bei den Wirbeltieren meist nicht sehr tief; so reagiert ein hypnotisiertes Kaninchen auf die Laute einer Pfeife, die aber sehr viel stärker sein müssen als die Töne, die von dem Tier im Wachzustand vernommen werden.

## Hofal — ein neues Salz

Das Salz gilt von alters her für ein wichtiges und unentbehrliches Nahrungsmittel, aber seine Bedeutung scheint überschätzt zu sein, denn wir wissen, daß der Mensch mit sehr kleinen Salzengen auskommen kann und die für ihn notwendige Salzmenge hauptsächlich aus den tierischen Nahrungsmitteln erhält. Gibt es doch Völker, die das Salz überhaupt nicht kennen, wie gewisse Beduinenstämme und die afrikanischen Buschmänner. Die finnischen Sprachen haben gar kein Wort für Salz. Ammerlin ist für den modernen Menschen eine Nahrung ohne Salz schwer erträglich, und es ist blöser, wenn gewissen Kranken das Salz vollständig verboten werden muß, da es auf die tranken Nieren und auch bei gewissen Herzleiden schädlich einwirkt. Man hat daher schon seit langem nach einer salzlosen Verbindung gesucht, die das gewöhnliche Kochsalz, das Chloratrium, zu ersetzen imstande ist. Wie Professor H. Beder in den „Fortschritten der Therapie“ mitteilt, hat man jetzt in dem Hofal einen unschädlichen Salzeratz gefunden. Hofal hat einen salzähnlichen Geschmack, ist eine Verbindung von Natrium-Calcium, Amino- und Fettsäuren und läßt sich gut als Würze verwenden. Nach den Erfahrungen, die man an verschiedenen deutschen Kliniken gemacht hat, ist das Hofal von großer Bedeutung für die Kranken, die salzfreie Kost haben müssen. Der Geschmack der Speisen wird dadurch sehr verbessert, der Appetit der Kranken hebt sich, und die salzlose Diät läßt sich so lange Zeit durchführen. B.

wir uns gegenwärtig gleichfalls in einer Zwischeneiszeit befinden und einer neuen, wenn auch geringfügigeren Vergleisicherung von Norden her entgegengehen.

In jüngster Zeit sind nun zwei etwas bedenkliche Entdeckungen zu verzeichnen, die auf eine allmähliche Verschlechterung unseres Klimas hinzudeuten scheinen. Im vorigen Jahre meldete das meteorologische Institut in Oslo, daß die Dampfer „Homeric“ und „Rajestic“ bei ihrer Fahrt über den Atlantischen Ozean im Sommer 1928 beträchtliche Abweichungen des Golfstromes nach Westen festgestellt haben. Die vom Golfstrom herangeführten warmen Wasser Massen sind geradezu die Warmwasserheizung Europas. Diesen Zusammenhang zwischen Oberflächentemperatur des angrenzenden Meeres und den Witterungsverhältnissen Norwegens haben besonders Fritsch Ranzen und Helland Hansen nachgewiesen. Eine Ablenkung des Golfstromes müßte sich infolgedessen in einer Verschlechterung des norwegischen Klimas auswirken. Tatsächlich aber hat Norwegen schon seit mehreren Jahren außergewöhnlich frühe Sommer zu verzeichnen; 1928 trafen im Juni und Juli noch mehrfach Schneefälle und im August versingelt bereits Nachtfröste ein. Gleichfalls im vorigen Jahre lieferte Fritsch Großmann (Woffau) durch eine Veröffentlichung in der „Meteorologischen Zeitschrift“ einen weiteren Beitrag zum Problem der Klimaveränderung. Er verwandte zu seinen Untersuchungen die 146jährigen Temperaturbeobachtungen des meteorologischen Observatoriums (Hohe Warte) in Wien von 1775 bis 1920 und stellte an dieser langen Jahresreihe eine Abnahme der Jahres-temperatur einwandfrei fest. Während die Temperatur von 1775 bis 1799 im Mittel noch 10,26 Grad Celsius betrug, war sie von 1901 bis 1920 auf 9,24 Grad gesunken. Die Jahrestemperatur ging demnach um 1,02 Grad zurück. Nach Großmann ist das Klima Osterrichts weniger kontinental, dafür etwas maritimer geworden, besonders auffallend seit einigen Jahrzehnten.

Beide Befunde scheinen zwar einander zu bestätigen, wir werden aber gut tun, vorerst noch weitere Feststellungen abzuwarten, ehe wir die Veränderung unseres Klimas als gegebene Tatsache hinnehmen. Trifft sie jedoch wirklich ein, oder ist sie bereits im Gange, so geschieht dies natürlich äußerst langsam, und wir dürfen sicher sein, daß wir auch in Zukunft noch viele heiße Sommer und milde Winter erleben werden. Ganz sicher aber können wir annehmen, daß eine Verschlechterung bis zum Eiszeitalter entweder gar nicht oder doch erst in ferner Zukunft zu erwarten ist.



